



Protokoll

14. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 27. Juni 2011, 18:00 Uhr,
Gemeinderatssaal

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2010 der Sekundarstufe Uster
(Antrag Nr. 60/2011)
- 4 NPM-Jahresberichte 2010 und Jahresrechnung 2010
(Antrag Nr. 62/2011 und Antrag Nr. 59/2011)
 - 4.1 Allgemeine Diskussion GF inkl. Investitionen
 - 4.2 GF Steuerung und Führung
 - 4.3 GF Bürger- und Parlamentsdienste
 - 4.4 GF Kultur
 - 4.5 GF Finanzen
 - 4.6 GF Liegenschaften
 - 4.7 GF Infrastrukturbau und Unterhalt
 - 4.8 GF Stadtraum und Natur
 - 4.9 GF Hochbau und Vermessung
 - 4.10 GF Koordination Bildung
 - 4.11 GF Sicherheit
 - 4.12 GF Publikumsdienste
 - 4.13 GF Soziale Sicherheit
 - 4.14 GF Gesundheit
 - 4.15 GF Betreutes Wohnen
 - 4.16 GF Sport
 - 4.17 GF Sozialhilfe
 - 4.18 GF Primarschule

- 5 Antrag des Stadtrates betreffend 24h-Dienst bei der Stadtpolizei Uster-Greifensee, Planungsbericht der Abteilung Sicherheit vom 25. Mai 2010
(Antrag Nr. 61/2011)
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP)
(Antrag Nr. 58/2011)
- 7 Antrag der Primarschulpflege und des Stadtrates betreffend Kreditgenehmigung von Fr. 467'748 für die Umsetzung des Informatikkonzeptes 2011 an der Primarschule Uster
(Antrag Nr. 64/2011)

Präsenz

Vorsitz	Cla Famos, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Weitere	Thomas Pedrazzoli, Sekundarschulpräsident Alessandro Virgelli, Finanzdelegierter Sekundarstufe Peter Pfeifer, Controller Stadt Uster
Entschuldigt	Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit
Verspätet	Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung (ab Traktandum 4.3) Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit (ab Traktandum 4.1) Anita Borer (ab Traktandum 3) Benno Scherrer (ab Traktandum 3) Werner Kessler, ab zweiter Hälfte der Sitzung anwesend
Presse	Christian Brüttsch, AvU

Der Präsident begrüsst alle Anwesenden im Saal.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung der Traktandenliste / Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

- **Balthasar Thalmann** verweist auf die heute zu behandelnde Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichen Grund und erzählt in diesem Zusammenhang von einem sehr speziellen Fahrzeug, das seit Wochen an einem speziellen Ort parkiert sei, und zwar beim Musikcontainer seit dem Jahresabschlussessen des Gemeinderates. Seit 80 Tagen steht es dort, bei 50 Rappen pro Stunde würden sich die Parkkosten auf Fr. 960 belaufen, mit einer Spezialtageskarte nur auf Fr. 400. Er bittet den Eigentümer um die Überweisung von Fr. 400 an eine gemeinnützige Organisation.

Fraktionserklärung:

Claudia Bekier

Fraktionserklärung zum Kulturpreis 2011 der Stadt Uster

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Mit grossem Erstaunen hat die SVP/EDU Fraktion von der Verleihung des diesjährigen Kulturpreises der Stadt Uster Kenntnis genommen. So wurde der mit 10'000 Franken dotierte Preis an Stephan Häsler resp. seine Kulturveranstaltungsreihe in der Kaffee- und Weinbar „zum Hut“ verliehen. Eine Institution, welche es bekanntlich erst seit kurzem in Uster gibt. Gemäss Preisjury wird dieser Betrag von 10'000 Franken mit dem Zusatz „Förderbeitrag“ begründet. Unsere Fraktion bezeichnet dies eher als eine Art „versteckte“ Betriebs- oder Investitionsfinanzierung für einen neuen Gastrobetrieb.

Wer das Reglement „Kulturpreis der Stadt Uster“ im Detail durchliest, erkennt, dass der Kulturpreis zit. „sowohl im engeren Bereich der sogenannten Künste wie auch im erweiterten Kulturbereich (Soziokultur, Jugend, Integration) verliehen werden kann“ - zit. Ende.

*Wenn wir nun die Preisträger(innen) der letzten Jahre betrachten, so ist unschwer erkennbar, dass diese grossmehrheitlich in einem engeren Bereich **elitärer Künste oder Kultur** anzusiedeln sind. So hat es seit 1989 beispielsweise noch nie eine volkstümliche oder traditionelle Musikrichtung geschafft, den Kulturpreis zu erhalten. Obwohl in Uster die Stadtmusik, die Stadtjugendmusik, das Militärspiel, die Schlossbergmusikanten, die Millionenbächler - um nur einige wenige Gruppierungen aufzuzeigen –vorhanden sind, wurde bisher noch nie eine solche Kulturstilrichtung mit dem Kulturpreis von Uster ausgezeichnet. Jahrzehntelanges und erfolgreiches Schaffen und Wirken werden scheinbar nicht berücksichtigt oder gewürdigt.*

Betrachtet man nun auch noch die für die Bestimmung des Kulturpreises verantwortliche Kulturkommission, so ist nicht verwunderlich, dass volkstümliches und traditionelles Kunst- und Kulturschaffen bisher keinen Platz auf der Siegertreppe gefunden hat.

Die SVP/EDU- Fraktion fordert diese Kommission auf, die so viel gepriesene Vernetzung von traditioneller und moderner Kultur auch mitzutragen und ihren eingeschränkten „Kultur“-Blickwinkel möglichst bald zu erweitern.

SVP/EDU-Fraktion des Gemeinderates von Uster

verantwortlich: Claudia Bekier, Fraktionspräsidentin

1 Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert über die freiwillige Informations- und Vernehmlassungsveranstaltung, zu der die PSU von sich aus am 4. Juli 2011 einlädt (Verweis auf die Unterlagen auf den Tischen).

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 13. Sitzung des Gemeinderates vom 30. Mai 2011 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2010 der Sekundarstufe Uster (Antrag Nr. 60/2011)

Im Ausstand befinden sich Regula Trüeb, Rolf Denzler, Petra Bättig, Stefan Kern, Jean-François Rossier und Daniel Hunziker als Werriker/Näniker.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

Die Mitglieder der Subkommission SSU Walter Meier, Ruedi Gysi und Claudia Wyssen haben sich mit den Verantwortlichen der SSU Thomas Pedrazzoli und Alessandro Virgelli, sowie Daniel Artmann, dem Schulleiter der BWS, getroffen um den Jahresbericht 2010 zu besprechen.

Grundsätzlich schlägt die Rechnung viel besser ab, als budgetiert. Dies hängt damit zusammen, dass die Steuererträge bisher als tendenziell zu tief eingeschätzt worden sind und im Jahr 2010 weniger Geld für die neue Turnhalle Freiestrasse ausgegeben worden als, als ursprünglich geplant. Diese Kosten werden nun allerdings im Jahr 2011 anfallen.

Es kam zu Ausgaben von zusätzlichen 1.1 Millionen. Dies kommt daher, dass in der BWS zwei zusätzliche Klassen benötigt wurden, mehr Ustermer Sekundarstufenschüler ans Gymnasium gingen und die Ausgaben im Bereich der Sonderpädagogik gestiegen sind. Ein Teil der zusätzlichen Ausgaben konnte in der Verwaltung und bei der Abschreibung der neuen Turnhalle Freiestrasse eingespart werden. Dies hing jedoch wiederum mit dem verzögerten Baustart zusammen.

Die neue Schulpflege hat sich gemäss den Verantwortlichen gut eingelebt. Es sind allerdings auch einige Baustellen aufgetaucht, insbesondere die veraltete Informatik.

Die mangelnde Verlässlichkeit und Betreuung der SSU in der Finanzverwaltung der Stadt Uster führte dazu, dass die ausgelagerten 40 Stellenprozente wieder ins Sekretariat der SSU integriert worden sind.

In der Leistungsgruppe Unterricht ist die Fluktuation leicht angestiegen. Dies ist vor allem auf Pensionierungen zurückzuführen. Nach wie vor ist die SSU ein attraktiver Arbeitgeber. Bis jetzt wurde eine deutsche Lehrperson eingestellt.

Die Tagesstrukturen bestehen aus je einem Mittagstisch pro Schulhaus, der von 6 – 12 Schülern und Schülerinnen besucht wird.

Die Kosten für die Musikschule haben zugenommen, obwohl weniger Schüler aus der SSU die Musikschule besuchen. Die SSU hat jedoch wenig Einfluss auf die Kosten, da diese nach einem fixen Schlüssel übernommen werden müssen.

Zur BWS: Es bestehen mit 18 Gemeinden ein allgemeiner Vertrag. Grundsätzlich ist die BWS ausgebucht. Momentan scheint sich die Situation auf ca. 170 Schülerinnen und Schüler zu stabilisieren. Es sind keine Ausbaupläne vorhanden, denn betriebswirtschaftlich macht die aktuelle Grösse Sinn.

An der BWS geschehen eher unterdurchschnittliche viele Fälle mit Gewalt. Da der Praxisanteil hoch ist, kann gut auf Schüler eingegangen werden.

Die BWS erfüllt das Qualitätslabel EduQua. Auch die Qualitätsstandards des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes werden erfüllt.

Im letzten Jahr fanden 100 % der SchülerInnen eine Anschlusslösung.

Für die KuSS ist ein qualitativer Ausbau geplant, welcher aber durch einen Investor geplant und finanziert wird. Die KuSS sollte anschliessend die neuen Räume preiswert mieten können. 2012/2013 soll das Schulgeld leicht erhöht werden, da dann die Anschubfinanzierung durch die Stadt Uster wegfällt.

Der Schulleiter konnte durch eine zusätzliche Anstellung entlastet werden.

Zu den Liegenschaften:

Auf dem Areal des Schulhauses Weidli ist ein kleines Schulgebäude für die HPSU geplant. Zur Zeit befindet sich die SSU in der Phase der Machbarkeitsstudie.

Vandalenakte haben durch die Installation von Überwachungskameras massiv abgenommen und treten nur noch selten auf.

Die zusätzlichen Mehraufwendungen in der Leistungsgruppe Sonderpädagogische Angebote waren nicht vorhersehbar und konnten im Budget deshalb nicht berücksichtigt werden.

Grundsätzlich ist der Jahresabschluss sehr gut ausgefallen und die Reserven für die Zukunft hoch, auch sind die Angleichungen an das Globalbudget der PSU sehr weit vorangeschritten.

Die KBK empfiehlt die Jahresrechnung 2010 der SSU einstimmig zur Annahme.

27. Juni 2011 – Claudia Wyssen, KBK

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

***Bemerkungen zur Belegprüfung der
Jahresrechnung 2010 Sekundarstufe Uster***

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

*Die Sekundarstufe Uster hatte im 2010 ein **finanziell** gutes Jahr. Das Eigenkapital ist höher als ein Jahresumsatz und damit mehr als gerüstet für einige unvorhergesehene Investitionen – vor allem in der Schulanlage Weidli.*

Wie bereits im Vorjahr hat die Firma BDO AG die finanztechnische Prüfung der Jahresrechnung vorgenommen. Es wurden vor allem die Bilanzposten geprüft. Damit kann mit grosser Sicherheit davon ausgegangen werden, dass das Jahresergebnis stimmt. Als RPK-Mitglied habe ich mich deshalb bei der Belegprüfung auf die Erfolgsrechnung beschränkt und hier vor allem die Kontengruppen 93, 94 und 96 angeschaut.

Wichtigstes Fazit meiner Prüfung ist dies: die SSU sollte möglichst schnell ein Handbuch für die Kontierung erstellen. Damit könnte vermutlich ein grosser Teil der Fehlkontierungen, wie ich sie angetroffen habe, vermieden werden. Gemäss Sandro Virgelli, Finanzverantwortlicher in der Sekundarschulpflege, ist ein solches Handbuch in Arbeit.

Dabei sollte ein solches Handbuch nicht nur über genaue Beschreibungen der Konteninhalte verfügen, sondern zumindest folgende Bemerkungen enthalten:

- *Gerade in der Schule (gilt auch für die PS) kommt es immer wieder vor, dass Rechnungen an die Privatadresse (z.B. von Lehrpersonen) ausgestellt werden. Im besten Fall wird dann vor der Zahlung die Privatadresse durchgestrichen und der Stempel der SSU daneben gesetzt. Richtig (im MWST-relevanten Umfeld einzig richtige Methode) wäre allerdings, die Rechnung zurückzusenden, damit der Lieferant als die SSU als Kreditor aufführen kann. (Für die Schule) Auch korrekt wäre, dass die Lehrperson die Rechnung bezahlt und den Betrag dann via das Formular „Rechnung für sämtliche Direktauslagen“ zurückfordert. Allerdings sollten solche Rückvergütungen auf ein Minimum beschränkt sein und wenn immer möglich die SSU Rechnungs-Adressat sein.*
- *Es kommt immer wieder vor, dass Rechnungen mehrere Positionen enthalten und diese eigentlich auf mehrere Konten verteilt werden sollten. Bei kleinen Beträgen kann allenfalls der Einfachheit halber darauf verzichtet werden. Dafür sollten die Grenzbeträge festgesetzt werden.*

Erfreut habe ich festgestellt (und diese Feststellung gilt auch für die PS), dass immer mehr Lieferanten der Kochschule (also z.B. Metzgereien Hotz, Schoch, Volg, Denner-Detaillist, aber auch die Migros) Sammel- resp. Monatsrechnung machen. Das erleichtert einerseits die Arbeit der Personen, die das Fach „Kochen“ geben oder z.B. für den Mittagstisch einkaufen, andererseits wird es auch für die Buchhaltung einfacher.

Abstimmung

Die RPK hat an der Sitzung vom 20. Juni 2011 die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht diskutiert und empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2010 der Sekundarstufe zu genehmigen.

Walter Meier, GR

Wortmeldungen aus den Fraktionen

Claudia Wyssen

SP Fraktionsmeinung zur Jahresrechnung 2010 der SSU

Die SP-Fraktion zeigt sich erfreut über die gute Jahresrechnung der SSU.

Besonders erfreulich ist, dass Uster über eine derart gute Berufswahlschule verfügt, die qualitativ auf einem sehr hohen Stand ist und deshalb selbst überregional sehr beliebt ist. Dass so wenige problematische Fälle, z. B. durch Gewalt, geschehen, zeigt ebenfalls die gute Arbeit der Lehrpersonen und des Schulleiters. Auch dass 100 % der Schüler und Schülerinnen eine Anschlusslösung gefunden haben, weist darauf hin, dass hier sehr wertvolle Arbeit geleistet wird. Wir wünschen der BWS, dass sie sich auf diesem hohen Niveau halten kann und danken ihr für ihr Engagement.

Dass die Auslagerung gewisser Arbeiten in die Finanzabteilung nicht optimal funktioniert hat, bedauern wir. Wäre sie doch ein wichtiger Schritt Richtung Einheitsgemeinde gewesen. Wir hoffen, dass die Zusammenarbeit trotzdem konstruktiv und gut ist und mögliche Ressourcen stets genutzt werden.

Wie auch bei der PSU haben die Ausgaben im Bereich der Sonderpädagogik bei der SSU stark zugenommen. Dass diese Kostenzunahme nicht voraussehbar war, gestehen wir der SSU zu. Wir hoffen allerdings, dass sich die Ausgaben in diesem Bereich stabilisieren und die SSU mit den sich stets ändernden Anforderungen in diesem Bereich gut arrangieren kann.

Wir danken den Mitgliedern der SSU und den Lehrkräften für ihr Engagement und hoffen, im nächsten Jahr ähnlich erfreuliches zu hören.

Uster, 27. Juni 2011

Claudia Wyssen

Marianne Siegrist

FDP/JFU/CVP Fraktion

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende*

Erfreut nimmt die FDP/JFU/CVP Fraktion Kenntnis vom Rechnungsabschluss der Sekundarstufe, der mit einem Ertragsüberschuss von rund einer Mio. Franken abschliesst. Dieser Überschuss ist vor allem auf höhere Einnahmen aus ordentlichen Steuern sowie einem höheren Steuerkraftausgleich zurückzuführen. Zudem kann die Budgetdisziplin als gut bezeichnet werden. Die Fraktion stellt fest, dass die Ausgaben im Bereich Sonderpädagogik wie in der Primarschule um einiges höher ausfallen als budgetiert wurde. Die mit den neuen Vorgaben des Kantons einhergehenden Veränderungen (Stichworte: Integrative Förderung, Wegfallen der IV Beiträge, Wegfallen der Kleinklassen) scheinen ohne Erfahrungszahlen effektiv schwierig abschätzbar. Wir erwarten, dass im Bereich Sonderpädagogik eine Konsolidierung eintreten wird, so wie es in einem Wirkungs- und Leistungsziel festgehalten ist.

Der Sekundarstufe ist es gelungen, eine übersichtliche Rechnung zu präsentieren. Die Wirkungs- und Leistungsziele sowie die Indikatoren und Kennzahlen sind auf das Wesentliche konzentriert und gut verständlich. Die enge Zusammenarbeit mit der Primarschule diesbezüglich und generell ist sehr zu begrüssen.

Die Finanzlage der Sekundarstufe sieht sehr gut aus. Das Eigenkapitalpolster ist komfortabel. Sehr grosse Investitionsbrocken stehen nicht an. Deshalb erwartet die FDP/JFU/CVP Fraktion im Rahmen

der Budgetdiskussion eine Steuerfussenkung seitens der SSU. Wir sind der Meinung, dass eine Steuerreduktion gut verkraftbar ist für die Sekundarstufe und hoffen, dass dies die SSU ebenso sieht und Ende Jahr eine Steuerreduktion vorschlägt.

27.Juni 2011

*Marianne Siegrist
FDP/JFU/CVP- Fraktion*

Markus Bürki

*Sehr geehrter Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Ein uns wohl allen bekannter Altbundesrat würde an dieser Stelle sagen: "Freude herrscht!" Haben die Grünen bei der letzten Jahresrechnung noch moniert, dass ein sauberer Abschluss nicht wirklich vorhanden war, so können wir dieses Jahr sagen, dass der NPM Standard vorliegt. Es wurde wirklich daran gearbeitet. Eine Weitsicht scheint sich eingestellt zu haben. Ob das mit dem Wechsel an der Spitze zu tun hat? Hoffentlich, wenn ja, dann weiter so! Mit einem Eigenkapital von fast 28 MIO CHF lässt es sich auch gut leben. Die Umsetzung und das Weiterziehen des sonderpädagogischen Konzeptes muss im Auge behalten werden. Was der Kanton von oben befiehlt ist in der Praxis manchmal eine wahre Herkulesaufgabe. Integration wird wohl in Zukunft noch mehr an Kosten verursachen.

Auch hoffen wir von der Grünen Fraktion, dass auf die Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage zu Recyclingprodukten an der Sek. Uster auch wirklich neue Impulse folgen. Gemäss Leistungsauftrag L01 auf Seite 9 führt die Sek. Uster Umwelterziehung durch. Ich bin gerne bereit an diesem Prozess mitzudenken. Wie wäre es mit einer Projektwoche ohne Papier?

Für die Grünen

Markus Bürki

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 28 : 0 Stimmen**

**Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2010 der Sekundarstufe
Uster (Antrag Nr. 60) wird gutgeheissen.**

4 NPM-Jahresberichte 2010 und Jahresrechnung 2010 (Antrag Nr. 62/2011 und Antrag Nr. 59/2011)

Der Vorsitzende informiert die Anwesenden über den Ablauf der Beratungen bzw. Abstimmungen: Aus den einzelnen Sachkommissionen werden die Berichte über die Geschäftsfelder durch die in den Kommissionen bestimmten Gemeinderäte präsentiert.

Der RPK-Präsident wird die Erkenntnisse aus der RPK mitteilen.

4.1 Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder inkl. Investitionen

Werner Egli

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste auf der Tribüne.

Die Jahresrechnung 2010 der Stadt Uster weist einen Aufwandüberschuss von 2,2 Millionen Franken aus und ist damit um 2,2 Millionen Franken besser als im Voranschlag 2010 geplant. Unter Berücksichtigung der im Frühjahr 2010 bewilligten Nachtragskredite ist das Ergebnis sogar um 3,5 Millionen Franken besser.

Dieses gute Ergebnis ist vor allem auf einen höheren Steuerkraftausgleich, tiefere Abschreibungen und einen höheren Gewinnanteil der ZKB zurückzuführen. Bei den Steuereinnahmen liegt das Ergebnis in der Gesamtbetrachtung fast exakt beim Voranschlag. Bei einem Steuerfuss von 93 Prozent (im 2009 bei 95 Prozent) wurden knapp 66,7 Millionen Franken (Vorjahr 64,9 Millionen Franken) in Rechnung gestellt. Mindereinnahmen sind bei den Steuern der Vorjahre und bei den Grundstückgewinnsteuern zu verzeichnen. Die Zunahme der Steuereinnahmen bei der einfachen Staatssteuer ist mehrheitlich auf eine stärkere Steuerkraft der Steuerpflichtigen und auch anteilmässig auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Nachdem aber die Steuerkraft im Kanton Zürich stärker angestiegen ist als diejenige in Uster, konnte unsere Stadt von einem um 1,2 Millionen Franken höheren Steuerkraftausgleich profitieren.

Die Abteilungen resp. die einzelnen Geschäftsfelder haben eine gute Budgetdisziplin gezeigt. Die bewilligten Globalkredite wurden im Gesamttal praktisch „frankengenau“ eingehalten. In acht Geschäftsfeldern war eine Überschreitung der Globalkredite zu verzeichnen. Diese wurden mit Minderbelastungen der anderen neun Geschäftsfelder kompensiert. Im Vergleich zum Vorjahr 2009 haben die Globalkredite in Summe erheblich zugenommen. Insbesondere bei der Primarschule war eine deutliche Kostenzunahme zu verzeichnen. Auch beim GF Liegenschaften und bei der Sozialbehörde sind spürbare Erhöhungen gegenüber den 2009er Zahlen zu vermelden. Diese Entwicklung der Ausgabensteigerungen ist im Auge zu behalten. Leider sind immer mehr exogene Faktoren zu vermelden, welche unsere Ausgabenseite strapazieren. Immer mehr Leistungen werden uns vom Bund und insbesondere vom Kanton auferlegt.

Nachdem im Jahr 2009 mit 29 Millionen Franken ein sehr hohes Investitionsvolumen zu verzeichnen war, wurden im Berichtsjahr 2010 lediglich 11,1 Millionen Franken investiert. Mehrere Investitionen sind einmal mehr zeitlich zu optimistisch eingeplant worden oder konnten nicht im vorgesehenen Rahmen ausgeführt werden. Es sind aber auch andere Gründe die zu Investitionsverzögerungen geführt haben. Bewilligungsverfahren, Einsprachen und Rekurse machen auch nicht Halt vor den städtischen Bauvorhaben. Die Abschreibungen sind zufolge der geringeren Investitionen mit 8,9 Millionen Franken tiefer ausgefallen. Zusätzliche Abschreibungen wurden mit 5 Millionen Franken, wie budgetmässig geplant, vollzogen. Die Selbstfinanzierung erreicht im Steuerhaushalt 9,2 Millionen Franken. Dies reichte aus, um alle Investitionen dieser Haushaltsrechnung 2010 aus erwirtschafteten Mitteln zu bezahlen. Dies deshalb, weil rund 3,4 Millionen Franken an Investitionen den Spezialfinanzierungsbereich der Stadtentwässerung betrafen. Der Selbstfinanzierungsgrad betrug deshalb gute 112%.

Das Eigenkapital hat sich um den Ausgabenüberschuss von 2,2 Millionen Franken verringert. Es beträgt per 31.12.2010 129,3 Millionen Franken und darf nach wie vor als ausgezeichnet bezeichnet werden. Das Nettovermögen der Stadt Uster, welches aufgrund der neuen Finanzpolitischen Ziele als eine wichtige Grösse bezeichnet wird, konnte dank den tiefen Investitionen im Berichtsjahr um 1,5 Millionen Franken auf gute 69 Millionen Franken angehoben werden.

Der hohe Bestand an flüssigen Mitteln konnte durch die Rückführung von fällig gewordenen Darlehen etwas reduziert werden. Die langfristigen Schulden betragen per Ende 2010 noch 33 Millionen Franken (Vorjahr 39 Millionen Franken). Ein weiterer Abbau der noch bestehenden Darlehen wird auch im 2011 fortgesetzt.

Zusammenfassung 2010 und Ausblick auf 2011

Die Stadt Uster darf mit einem Defizit von 2,2 Millionen Franken ein Rechnungsergebnis präsentieren, welches sich im Rahmen der Hochrechnung und deutlich besser als der im Dezember 2009 bewilligte Voranschlag bewegt. Die Investitionen sind deutlich tiefer ausgefallen als budgetiert. Hier müssen für die Zukunft deutliche Planungsfortschritte im Budgetprozess verzeichnet werden. Die Stadt Uster verfügt über einen sehr gesunden Finanzhaushalt mit einer sich weiter reduzierenden Verschuldung. Das Eigenkapital ist mit beinahe 130 Millionen Franken erfreulich und das Nettovermögen von rund 70 Millionen Franken lässt Spielraum für einige Grossinvestitionen zu. Der Stadtrat hat sich im letzten Jahr intensiv mit der Finanzpolitik sowie dem Leistungsangebot der drittgrössten Stadt im Kanton Zürich auseinandergesetzt. Die neuen, im Herbst 2010 verabschiedeten finanzpolitischen Ziele wurden für das Jahr 2011 bereits ansatzmässig eingeführt und werden ihre erste Bewährungsprobe im Planungsjahr 2012 erfahren.

Für das laufende Geschäftsjahr 2011 dürfen wir bis dato von einem guten Verlauf ausgehen. Im Steuerhaushalt ist dank ausserordentlichen und bis Februar 2011 noch nicht erkennbaren Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern mit einem deutlich besseren Ergebnis als budgetiert zu rechnen. Eine erste Hochrechnung für 2011 zeigt auf, dass wir anstatt des vom Parlament genehmigten Ertragsüberschusses von 1 Mio. Franken ein deutlich besseres Ergebnis erwirtschaften werden. Aktuell und nach Einsicht in den ersten Steuerrechnungslauf darf von einem Plus von rund 8,5 Mio. Franken ausgegangen werden. Bei den Investitionen sieht es so aus, dass von den bewilligten Investitionen von 18,3 Millionen Franken deren 15 Millionen Franken baulich resp. investitionsmässig verwendet werden. Gemäss der Investitionsplanung 2011 und der Finanzplanung 2012 und ff. stehen in den nächsten Jahren einige Grossprojekte an. Diese können aber nicht alle im von den Abteilungen geplanten Zeitraum realisiert werden. Aufgrund der guten finanziellen Ausgangslage (mit Berücksichtigung des erwähnten guten Ergebnisses für 2011) kann dieses Jahr der Startschuss für eines der Ihnen bereits vorgestellten Grossprojekte (Sanierung und Erweiterung Hallenbad) lanciert werden. Vorbehältlich der Zustimmung durch Parlament und Volk kann die Stadt Uster dieses Grossprojekt im Kostenumfange von rund 25 Millionen Franken bis Ende 2014 realisieren. Ein weiteres Grossprojekt, das Schulhaus Krämeracker wird folgen. Dabei dürfen aber der ordentliche Haushalt und die übrigen Neu- und Unterhaltsinvestitionen nicht vergessen werden. Der Stadtrat hat sich deshalb in der schon vor Wochen angelaufenen Budgetdebatte 2012 bereits intensiv mit einem weiterhin bedarfsgerechten Leistungsangebot in der laufenden Rechnung wie auch einer gesunden Entwicklung in der Investitions- und Finanzplanung beschäftigt.

Jean-François Rossier

Bericht aus der RPK zur Rechnung 2010

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Als jährlich wiederkehrendes Ritual, hat die RPK während den vergangenen Wochen die Jahresrechnung 2010 und die NPM Jahresberichte 2010 geprüft und beraten.

Wie im letzten Jahr zum ersten Mal durchgeführt, so hat auch in diesem Jahr eine externe Prüfstelle die Rechnung der Stadt Uster geprüft.

Die von der Prüfstelle gemachten Feststellungen können, wie auch schon bereits im vergangenen Jahr und wie auch nicht anders zu erwarten war, als durchwegs erfreulich bezeichnet werden. Die Prüfstelle stellt daher in ihrem Bericht auch fest, dass die Stadt Uster ihre Rechnung ordnungsgemäss führt.

Erfreulicherweise darf auch festgehalten werden, dass die Stadt Uster, die anlässlich der letztjährigen gemachten Prüfung festgestellten Pendenzen zwischenzeitlich bereinigt hat.

Wie auch anlässlich der letztjährigen Beratung der Rechnung angedeutet worden ist, so hat sich auch ich diesem Jahr die Einsetzung der externen Revisionsstelle aus RPK-Sicht gelohnt und dürfte daher zukünftig eher nicht mehr wegzudenken sein.

Im Übrigen haben die RPK-Mitglieder die ihnen anvertrauten Geschäftsfelder eingehend geprüft. Die dabei gemachten Feststellungen wurden in entsprechenden Prüfberichten festgehalten.

Grossmehrheitlich sind die RPK-Mitglieder mit der Verwaltung zufrieden und attestieren ihr eine gute Zusammenarbeit bei der Prüftätigkeit und der Beantwortung allfälliger Fragen.

Dass die RPK der Jahresrechnung 2010 und den NPM Jahresberichten 2010 mit „nur“ 8:1 Stimmen zugestimmt hat liegt daran, dass dezimiert die Meinung vertreten war, dass alljährlich die gleichen Punkte moniert werden müssten und dass auf konkrete RPK-Fragen zum Teil nicht eingegangen wird.

Grossmehrheitlich kann die RPK aufgrund der vorliegenden Prüfergebnisse der Stadt Uster ein gutes Zeugnis ausstellen und hat die Jahresrechnung 2010 und den NPM Jahresberichten 2010 mit 8:1 Stimmen zugestimmt.

*Jean-François Rossier
Präsident der RPK*

Wortmeldungen aus den Fraktionen

Balthasar Thalmann

Rechnung 2010 der politischen Gemeinde Uster – Stellungnahme der SP-Fraktion

Herr Präsident,

geschätzte Anwesende

De Rechnungsabschluss vo de Stadt Uster hät de Erwartige vo de SP-Fraktion entsproche. Es isch nüt Spektakulärs passiert, wo mer jetzt müessti politisch würdige. Wämer aber d'Finanzlag vo de Stadt Uster aaluegt, dänn chammer uf de ersiti Blick säge, dass Uster ä solidi Finanzbasis hät. Uf de zweiti Blick git's aber doch drei Pünkt, wo mir diskutiert ha wänd:

1. Sit 2007 hät die bürgerlich Ratsmehrheit gäge de Wille vom Stadtrat ä 5%-igi Stürfuesssänkg duredruckt. Und jetzt schlüss s'Rechnigsjahr 2010 trotz rekordtuffe Investitione, trotz höhere Stürertrag und trotz höherer Stürchraftusgleich negativ ab. Underem Strich fähled 2.2. Mio. Franke oder rund 3 Stürprozent. Mit dem Rächngsabschluss zeigt sich, dass Uster insgesamt kei nachhaltigi Finanzpolitik verfolgt. Sie verschiebt wichtigi Investitionsvorhabe i d'Zuekunft und sänkt defür de Stürfuess.

2. Und da demit simmer bim zweite Punkt: D' Stadt Uster schiebt en Investitionsberg vor sich her, wo eus als SP-Fraktion Sorge macht. I de vergangen sächs Jahr hät d'Stadt Uster – di gebührefinanzierte Beriich uusgnaa - pro Jahr nur 14 Mio. Franke investiert. Das isch en vill ztüüfe Wert. Da im Parlament isch nämlich breit akzeptiert, dass d'Investitione jewils öppe en Viertel vom Staatsstüertrag usmache söttit. Wämer e so rächnet hät Stadt i de vergangene 6 Jahr meh als 60 Mio. Franke zwenig investiert. Drum giits überhaupt kei Gründ, na länger Zwarte mit Investitione i Grossprojekt. Jetzt isch keis Palafero, Lamentiere oder suscht öppis aabracht – jetzt müend d'Ärmel ufekrämpet und de Investitionsberg vo über 60 Mio. Franke abbout wärde. Und da dezue ghöört aus s'Stadthuus zwei.

3. D'Sozialhilfe vo de Stadt Uster chan eimal mehr usgezeichneti Zahle präsentiere. Das isch s'Resultat vonere hochprofessionelle Arbet und enere engmaschige Begleitig vo de Bedürftige. 40% vo de Teilnehmende am Arbeitsintegrationsprogramm händ e Stell im erschte Arbeitsmärt gfunde. Bi jedere Person, wo das glingt, chammer vomene Gwünn für all Beteiligte rede.

E chli andresch gsehnd d'Kosteentwicklige i de Gschäftsfelder Betreuts Wohnu und bi de Sonderpädagogik vo dä Primarschuel us. Die Pünkt händ mir als SP-Fraktion gnau agluegt – sie mached eus Sorge. Mer chönd eus schlächt vorstelle, dass es i dene Beriich i Sache Choschtesteigerige eifach e so wiiter chan gaa. Bim gnauen Aneluege zeigt sich, dass mer da nöd eifach mit sinnlose Chürzigmassnahmen, wie das bi de DAZ passiert isch, zum Ziil chan cho. Villme zeigt sich, dass i dene Beriich d'Choschteüberwälgig vom Kanton uf d'Gmeinde voll duerschlaat. D'SP-Fraktion isch hüt aber au nöd i de Lag, e fixfertigi Lösig uf de tisch z'lege. E Fachstell für Alter oder e gut uusbouti Früeförderig chöntet aber durchus e n Biitrag dezu lifere, s'Choschtewachstum wenigstens s'dämpfe.

Mini Kolleginne und Kollege, ich glaub mit dere faktebasierte Würdigung vo de Rechnig zeigt sich, dass mit Misstrouensüsserige gägenüber em Stadtrat oder gägenüber de Primarschuel nöd dient isch. E nachhaltigi Finanzpolitik vo de Stadt Uster chömmet nur dänn erreiche, wämmer mit de strukturelle Schlüsselgrössene richtig umgönd; da demit mein ich allem vora de Stürfuess und s'Investitionsvolume. Was da i de letzste Jahre gloffe isch, findet mir nöd guet – und wie d'Rächng 2010 zeigt, gaad d'Rächng mit dere vo einzelne Chreise verfolgti Stürfuessänkigs-, Investitionsverschiebigs- und Pauschalchürzigspolitik nöd uf.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

Ruedi Locher

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident

Geschätzte Anwesende

*Die FDP/JFU/CVP Fraktion hat im Herbst 2009 für eine **Steuerfussenkung** und eine **Ausgabenkürzung** votiert.*

Es soll ein schlanker Staat auf einer guten und gesunden finanziellen Basis einen attraktiven Lebensraum für die Bevölkerung, für das Gewerbe und für Industrie gewährleisten.

Ein verkleinerter Rückschlag von 2,2 Mio bei angepasstem Steuerfuss ist das erfreuliche Jahresergebnis 2010.

*Nun, heute stellen wir fest, dass unsere Vorstellung umgesetzt werden konnten. Wir können eine mehrheitlich hohe Budgetgenauigkeit feststellen. Für das **positive Mitwirken aller MitarbeiterInnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und natürlich auch für das verantwortungsbewusste Handeln der Stadträtinnen und Stadträte**, möchten wir uns bestens bedanken. Es gilt auch in Zukunft, das hohe Eigenkapital für die grossen anstehenden Investitionen sichern zu können. Wir werden auch in den **kommenden Jahren** unser Augenmerk verstärkt auf die Ausgabenpolitik der Stadt halten.*

*Wenn auch fast alle Geschäftsfelder die Budgets einhalten konnten, sind doch in wenigen Geschäftsfeldern, z. B. „Liegenschaften“, „Infrastrukturbau und Unterhalt“ Abweichungen festzustellen. Sanierungen und Investitionen, Unterlassung von Unterhaltsarbeiten, nicht vorhandene Ausführungsreife können zu nennenswerten Abweichungen führen. Umgekehrt konnten wir im Geschäftsfeld Sport mit Genugtuung feststellen, dass trotz anfänglichen **Dementis** durch Einnahmen-erhöhungen und mit Ausgabenminderungen eine Kreditunterschreitung erreicht werden konnte.*

Dazu passt das Sprichwort: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

*Die **Primarschule** mit Auslagen über **31 Mio CHF** stellt den grössten Ausgabenteil dar. Vorschriften, Verpflichtungen, Gesetze, das neue Volksschulgesetz und die Sonderpädagogik haben ihren Teil zu den Kostensteigerungen beigetragen.*

*Umgekehrt erkennen wir bei der **Sekundarschule** ein bequemes Polster an eigenen Finanzmitteln bei wenigen Investitionsvorhaben. Es ist **nicht Aufgabe** der Sekundarschule, oder einer anderen Behörde, **Finanzmittel, sprich Gelder der Bürger**, unnötigerweise beiseitezulegen. Dies könnte zu falschen Schlüssen sprich irgendwelchen Begehrlichkeiten führen.*

Für die Jahresrechnung 2011 hoffen wir, dass Optimierungsmöglichkeiten umgesetzt werden können.

*Es handelt sich hierbei um die wiederholt aufgefallenen hohen Beträge unter den Begriffen **„Sammelkosten“**, **„Interne Verrechnungen“**, **den 99 Konten und zahlreichen Umbuchungen**. Wer weiss, was sich hinter diesen Beträgen verbirgt. Wir wünschen uns, und dies wäre unser Vorschlag, dass die **RPK in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungsverantwortlichen** und der Abteilung Finanzen diese Positionen gemeinsam überarbeitet.*

*So wird die **Rechnung 2011** eine nochmals höhere **Transparenz und Informationsqualität** ausweisen können.*

*Das Ziel unserer Fraktion ist, die Stadt Uster für die kommenden Grossinvestitionen finanziell fit zu halten, **ohne dass** der einzelne Bürger höhere Staatsabgaben leisten muss.*

*Die FDP/JFU/CVP Fraktion wird der Rechnung 2010 der Stadt Uster und der Sekundarstufe **zustimmen**.*

Rudolf Locher

Benno Scherrer

Jahresrechnung der Stadt Uster ohne Überraschungen

Die Jahresrechnung der Stadt Uster kommt ohne Überraschungen daher – weder im positiven noch im negativen Sinne.

Die Stadt Uster legt eine Jahresrechnung vor, welche mit einem relativ kleinen Aufwandüberschuss von 2,2 Mio. Franken auskommt – und die vor allem um 2,2 Mio. Franken besser ist als der Voranschlag – und dies trotz einem auf 93% reduzierten Steuerfuss.

Es muss aber auch dieses Jahr betont werden, dass höhere Steuereinnahmen und wiederum höhere Einnahmen aus dem Steuerkraftausgleich und dem Gewinnanteil der ZKB dieses Resultat erst ermöglichten.

Dass dieses Resultat einerseits durch eine hohe Budgetdisziplin zustande gekommen ist, ist positiv zu werten. Auch die Kürzungen der Globalkredite durch den Gemeinderat scheinen umgesetzt worden zu sein. Die Grünliberalen erwarten, dass das Kostenbewusstsein weiter gestärkt wird – ein Nachlassen hier können wir nicht hinnehmen. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die Globalkredite (wenn auch oft exogen bedingt) um über 6 Mio. Franken zugenommen haben (was aber teilweise auch höhere Einnahmen zur Folge hatte).

Zudem liegen die Abschreibungen bei tieferen Investitionen auch tiefer – hier werden in den nächsten Jahren höhere Beträge die Rechnung verschlechtern. Daher ist eine Zurückhaltung bei den grossen Investitionsvorhaben angezeigt. In der Zwischenzeit hat sich der Stadtrat diesbezüglich aber doch verschiedentlich geäussert – und wir sehen eine erhöhte Bereitschaft zur notwendigen Priorisierung.

Dass die vom Gemeinderat bewilligten Investitionen 2010 nur etwa zur Hälfte ausgeschöpft wurden, lassen den ganzen Prozess der Investitionsplanung und der intensiven Diskussion fragwürdig erscheinen. Die Grünliberalen erwarten, dass in die Investitionsplanung wirklich nur Projekte aufgenommen werden, welche im Jahr auch begonnen werden können – falls der Gemeinderat dann diese Projekte auch genehmigt.

Die Grünliberalen werden auch weiterhin Leistungen kritisch hinterfragen und sich für gesunde Finanzen für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort Uster einsetzen.

Claudia Bekier

Jahresrechnung und NPM-Jahresbericht 2010 Stadt Uster

Die Jahresrechnung 2010 zeigt gegenüber dem Budget 2010 eine positive Veränderung von rund CHF 2,2 Mio. auf (budgetiert war ein Minus von CHF 4,4 Mio.) – unter Berücksichtigung der bereits anfangs 2010 gestellten Nachtragskredite ist die Bilanz sogar um CHF 3,5 Mio. besser. Diese Tatsache nimmt unsere Fraktion grundsätzlich mit Befriedigung zur Kenntnis. Resultatmässig ist das erfreulich. Doch führen wir uns vor Augen, wie das positive Ergebnis zu Stande gekommen ist:

Das gute Ergebnis beruht im Wesentlichen auf „betriebsfremden“ Faktoren: Ein höherer Steuerkraftausgleich konnte verzeichnet werden. Hinzu kommen tiefere Abschreibungen und ein hoher Steuerertrag als die treibenden Faktoren für den Abschluss 2010.

Wir freuen uns sodann über die stärkere Steuerkraft der Ustermer Steuerpflichtigen. Im Vergleich zum kantonalen Mittel der Steuerkraft hinkt die Zunahme von Uster jedoch deutlich hinterher. Vorwiegend Private erbringen diesen nachhaltigen Steuerertrag. Der Steueranteil juristischer Personen beträgt nur rund 7 % des Gesamtsteuerertrages. Der Ustermer Steuerertrag ist deshalb stabil auch bei konjunkturellen Veränderungen bei den juristischen Personen.

Verfälscht wird das positive Bild der Jahresrechnung durch das tiefe Investitionsvolumen. Nur CHF 11,1 Mio. der vom Gemeinderat bewilligten und geplanten Investitionen (CHF 20,6 Mio.) wurden tatsächlich realisiert. Wir fragen uns ernsthaft, ob in der Investitionsplanung die Akzente richtig gesetzt werden. Die Investitionen müssen in Zukunft besser geplant werden. Nichtgetätigte Investitionen wirken sich in der Finanzplanung aus und belasten unter Umständen schliesslich die laufende Rechnung negativ (nicht benötigte Geldaufnahmen). Wären die geplanten Investitionen zu 100 % umgesetzt worden, so wäre das Rechnungsergebnis wegen höherer Abschreibungen schlechter ausgefallen.

Als Folge des guten Abschlusses ist unser Nettovermögen auf fast CHF 69,0 Mio. angestiegen. Das lässt Luft für anstehende Projekte. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, die vom Stadtrat auf der Prioritätenliste an erster Stelle stehende Sanierung respektive Erweiterung des Hallenbades in Angriff zu nehmen, was schlussendlich die Attraktivität unserer Stadt steigert und der Bevölkerung zu Gute kommt.

Tatsache ist auch, dass die Stadt Uster die hohen Leistungen nur mit dem hohen Steuerkraftausgleich erbringen kann. Eigentlich sollten die städtischen Aufgaben und Leistung durch die eigene Ertragskraft und nicht durch Alimentierung mit einem Steuerkraftausgleich erbracht werden. Ziel muss daher sein, dass sich Uster mittelfristig vom Steuerkraftausgleich verabschieden kann.

Erfreulich ist die erneute Reduktion der flüssigen Mittel (CHF 6,0 Mio.) zugunsten der langfristigen Schulden. Nach wie vor ist das Verhältnis der flüssigen Mittel zu den langfristigen Schulden nicht befriedigend.

Wir danken den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und dem Stadtrat von Uster für ihre geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

*SVP/EDU-Fraktion
Claudia Bekier*

Thomas Wüthrich

NPM-Jahresbericht 2010 und Jahresrechnung 2010 – Traktandum 4.1.

*Sehr geehrter Herr Präsident
geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Ein über 2 Millionen geringeres Defizit als budgetiert könnte Anlass zur Freude sein. Eine genauere Betrachtung der Jahresrechnung 2010 zeigt aber, dass dieses Resultat aufgrund unerwarteter Entwicklungen auf der Einnahmenseite zustande kam. Mehr Steuerkraftausgleich vom Kanton, eine höhere Gewinnausschüttung seitens der ZKB und eine überraschend grosse Zunahme an Steuerpflichtigen in Uster sind die entscheidenden Faktoren, welche das Rechnungsergebnis weniger schlecht ausfallen liessen. Dass die städtischen Einnahmen nicht durch Erträge aus Liegenschaftsverkäufen verfälscht wurden, darüber sind wir Grünen sehr erfreut. Es zeigt sich also, dass die Stadt nicht auf die Verscherbelung des Tafelsilbers setzen muss, um ein ansprechendes Rechnungsergebnis zu erreichen.

Auch auf der Aufgabenseite sind wohl eher glückliche Umstände dafür verantwortlich, dass die Globalkredite in der Summe nicht überschritten wurden. Insbesondere das auf der Finanzkrise basierende, düstere Szenario in der Sozialhilfe erfüllte sich nicht; so mussten 0,8 Mio. weniger ausgegeben werden als budgetiert.

Nach Ansicht der Grünen geben die Auswirkungen der bürgerlichen Sparpolitik zunehmend Grund zur Sorge. Der bauliche Unterhalt von Liegenschaften und Infrastruktur – durch die unsägliche Steuersenkungspolitik jahrelang knapp gehalten – schlägt sich nun umso deutlicher, sprich kostenintensiver, auf der Aufwandseite nieder. Ein Mehraufwand von rund einer Million Franken ist die Folge.

Die Sparwut zeitigt schliesslich im auch Personalbereich solche Folgen, die nach Ansicht der Grünen auf die Dauer absolut unverantwortlich sind. So kommt es, dass Leistungen der Stadt schon jetzt zum Teil nicht mehr in der gewünschten Qualität erbracht werden können. In einzelnen Leistungsgruppen ist das Personal schlicht überlastet, generell aber sicher am Anschlag. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist im vergangenen Jahr denn auch markant gesunken! Da schafft auch die nachhaltige Personalpolitik des Stadtrates keine Abhilfe. Und über eine Sparpolitik nach dem Rasenmäherprinzip kann das Personal sicher nicht zu noch grösseren Anstrengungen motiviert werden. Die Grünen werden sich in Zukunft noch mehr für einen adäquaten Stellenausbau in der Verwaltung einsetzen.

Uster wächst stetig, und entsprechend nimmt der Finanzbedarf für Investitionen, laufende Ausgaben und für den Unterhalt der Infrastruktur zu. Diese Entwicklung mit Steuerfussenkungen und Sparbeschlüssen zu torpedieren, ist nach Ansicht der Grünen absurd. 2010 ist die Stadt noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen. Auf so viele glückliche Umstände wie im Berichtsjahr können wir aber nicht länger bauen.

Empfehlung der Bewilligung der NPM-Jahresbericht 2010 und Jahresrechnung 2010.

*Thomas Wüthrich
Fraktionspräsident Grüne*

Walter Meier

Stadt Uster – NPM-Jahresbericht 2010 und Jahresrechnung 2010

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Ziel erreicht? Die EVP hat den Rechnungsabschluss 2010 der Stadt Uster mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Wichtigste Zahl für die EVP ist der Cash flow (Abschreibungen minus Verlust). Der Cash flow sollte mindestens 15 Mio. Franken betragen, damit die langfristig tragbaren Investitionen finanziert werden können. Mit dem Verlust von rund 2,2 Mio. Franken und Abschreibungen (ohne Spezialfinanzierungen) von rund 11,5 Mio. wurde dieses Ziel nicht erreicht. Trotzdem: Die Stadt Uster hat in der laufenden Rechnung deutlich mehr eingenommen als ausgegeben. Die Investitionen konnten vollständig finanziert werden.

Erfreulich ist die Tatsache, dass die Abteilungen ihre Globalbudgets im Griff haben und diese meist nicht ausschöpfen. Die grösseren Abweichungen sind denn auch auf Faktoren zurückzuführen, die von der Stadt Uster nicht beeinflusst werden können.

Zu den Investitionen: auf den ersten Blick wirkt der Investitionsbetrag von 11,137 Mio. als sehr bescheiden – vor allem im Vergleich zu den geplanten und bewilligten 20.5 Mio. Effektiv wurden rund 70 % der geplanten Investitionen auch realisiert, was noch knapp vertretbar ist. Grund für den tiefen Investitionsbetrag waren die gut 6 Mio. Einnahmen (z.B. 3.8 Mio. für die Heime im Grund) - diese waren deutlich höher als geplant.

Die Ausgangslage, die anstehenden Grossprojekte finanzieren zu können, ist gegeben. Mit den rosigen Aussichten auf die Jahresrechnung 2011 wird sie noch besser. Das freut die EVP.

Walter Meier, GR

4.2 Geschäftsfeld Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Thomas Wüthrich**

NPM Jahresbericht 2010 – GF Steuerung und Führung.

Zu den wichtigsten Punkten in diesem GF:

1. Grundsätzlich sehr erfreulich ist die Tatsache, dass dieses Geschäftsfeld um 188'000 Franken oder rund 4% unter dem Budgetwert abgeschlossen hat. Und dabei handelt es sich im Wesentlichen um tatsächliche Einsparungen.

2. Das Thema interne Verrechnungen gab auch dieses Jahr Einiges zu reden. Anstatt die Rechnung transparenter zu machen, scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein. Sie sind schwer zu budgetieren und variieren von Jahr zu Jahr beträchtlich. Es erstaunt deshalb nicht, dass der Stadtrat prüft, interne Verrechnungen nur noch dort auszuweisen, wo es unbedingt nötig ist.

3. Sowohl die Subkommission wie auch der Stadtrat stellen besorgt fest, dass die MitarbeiterInnen-Zufriedenheit zum zweiten Mal in Folge gesunken ist, im Berichtsjahr sogar deutlich unter den Zielwert. Die Exekutive hält zudem fest, dass die Zahl von Burn-Outs und sonstigen, längeren Arbeitsausfällen unter den Mitarbeitern zugenommen hat. (s. LG HRM, Personaldienst, Seite A 6 sowie Indikator I 01).

4. Eine Bemerkung zur LG Standortförderung, Seite A 13, Kennzahl K 02. Der Stadtrat hat als eines seiner Ziele formuliert, die Ansiedlung von Firmen mit hoher Wertschöpfung zu fördern. Nun, die realen Zahlen sind etwas ernüchternd. Der durchschnittliche Ertrag von 60'000 Franken pro steuerpflichtiges Unternehmen liegt rund 20% unter dem Vergleichswert im Oberland und rund 35% tiefer als im Bezirk. Im Kanton beläuft sich der durchschnittliche Jahresertrag pro steuerpflichtiges Unternehmen gar auf 190'000 Franken. Der Stadtrat ist sich dieser Situation sehr bewusst und setzt alles daran, im Mühleholz und in der Loren wertschöpfungsstarke Unternehmen ansiedeln zu können. Dies ist um so wünschenswerter als die juristischen Personen in Uster nur 10% zum gesamten Steuerertrag beitragen.

5. Wirkungsprüfungen. Im GF Steuerung und Führung führte die KÖS zwei Wirkungsprüfungen durch, und zwar in der LG Standortförderung und in der LG Öffentlichkeitsarbeit. Allgemein stellte die KÖS fest, dass die schriftliche Definition, wie die Werte der einzelnen Indikatoren erhoben werden, mindestens unvollständig, mehrheitlich aber gar nicht vorhanden ist. Folglich haben wir zwar ein Buch voller Zahlen, wissen aber nicht wirklich, auf welche Art und Weise und nach welchen Kriterien die Werte berechnet wurden. Dies muss sich ändern – und hat sich in den genannten LG auch bereits geändert.

Die KÖS dankt der Exekutive für die zur Verfügung gestellten Informationen. für das offene und konstruktive Gespräch sowie für die erbrachten Leistungen.

Für die KÖS

*T. Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

4.3 Geschäftsfeld Bürger- und Parlamentsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Thomas Wüthrich**

NPM Jahresbericht 2010 – GF Bürger- + Parlamentsdienste

Die KÖS stellte der Exekutive einen mehrseitigen Fragenkatalog zu, der termingerecht und ausführlich beantwortet wurde. An einer Sitzung mit den Vertretern des Geschäftsfeldes wurden die Ausführungen ausgiebig kommentiert und diskutiert. Zu den wesentlichen Punkten:

1. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Budgetvorgaben bis auf eine Ausnahme in allen Leistungsgruppen sehr gut eingehalten wurden.

2. Negative, sozioökonomische Veränderungen betreffen auch die Stadt Uster. Zunehmend mehr Personen bezahlen ihre Krankenkassenprämien nicht. Zwar werden die Kosten für die Prämien letztlich vom Kanton übernommen, aber den administrativen Aufwand hat die Stadt zu decken. (siehe LG Stadtamman- und Betreibungsamt, Seite B 8).

Die Zunahme der Steuerbetreibungen ist alarmierend. In der Folge ist auch mit höheren Debitorenverlusten zu rechnen. Schon heute machen diese Verluste rund ein Steuerprozent aus. Der Stadtrat will dieser Entwicklung vermehrt Beachtung schenken. (siehe LG Stadtamman- und Betreibungsamt, Seite B 9)

3. Auch in diesem GF wurden zwei Wirkungsprüfungen durchgeführt, nämlich in der LG info uster und in der LG Friedensrichter. In beiden LG gab es bislang keine Indikatoren. Im Gespräch mit der Exekutive versuchte die KÖS Indikatoren zu entwickeln. Die erarbeiteten Vorschläge werden jetzt verwaltungsintern auf Machbarkeit und Tauglichkeit überprüft. In der LG Friedensrichter ist erst auf den VA 2013 mit Ergebnissen zu rechnen.

Die KÖS dankt der Exekutive für die zur Verfügung gestellten Informationen und für das offene und konstruktive Gespräch sowie für die erbrachten Leistungen.

Für die KÖS

T. Wüthrich

Gemeinderat, Grüne

4.4 Geschäftsfeld Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Petra Bättig**.

NPM Jahresbericht 2010

A.1.1..1.1 Geschäftsfeld Kultur

Die Ausgaben des Geschäftsfeldes Kultur liegen im 2010 bei CHF 3'084'000 und sind somit CHF 146'000 tiefer als budgetiert. Dies ist auf einen sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Mitteln zurückzuführen und darauf, dass die Förderbeiträge nicht vollständig ausgeschöpft wurden. Gabi Seiler und Petra Bättig haben sich mit Roland Boss und Arlette von Arx, welche die Leitung der Bibliothek kurzfristig übernommen hat, getroffen. Ganz herzlichen Dank an beide für die nette und ausführliche Beantwortung all unserer Fragen.

A.1.1..2 Zeughausareal

Gut CHF 100'000 wurden allein für die Auflagen der Feuerpolizei eingesetzt. Dank dem grosszügigen Verzicht des Gewerbes auf rund CHF 160'000 konnte das Projekt im Rahmen des budgetierten Betrages, inkl. CHF 38'000 bewilligter Zusatzkredit, abgeschlossen werden. Das Gebäude K konnte im vergangenen Jahr mit Gewinn vermietet. Zukünftige Gewinne sollen für kleine Renovationen, für die weitere Gestaltung des Eventraumes und anschliessend für die Herrichtung des Dachgeschosses eingesetzt werden.

A.1.1..3 Jugendförderung und Jugendbeauftragter

Die Vereinsförderung ist gut angelaufen, doch wurden die Gelder im ersten Jahr noch nicht ausgeschöpft. Eingereicht wurden total 15 Gesuche. Davon wurden einzelne nicht unterstützt, andere wurden wie geplant abgestuft je nach Partizipationsgrad finanziert. Von den budgetierten CHF 200'000 für 2010 wurden CHF 158'000 an die Vereine ausbezahlt. Diese Zahl ist heute nicht direkt im Bericht ersichtlich, wird in Zukunft aber zusätzlich separat ausgewiesen.

A.1.1..4 qbus und Archiv

Die Machbarkeitsstudie Keller&Partner hat aufgezeigt, ob die Investition eines Provisoriums am jeweiligen Standort sinnvoll und machbar sei. In einem ähnlichen Projekt soll nun abgeklärt werden, wie die Zukunft des Archivs aussehen soll, da man nicht weitere sieben Jahre auf einen Neubau Stadthaus warten könne.

A.1.1..5 SwissJazzOrama

Das SwissJazzOrama plant die Gründung einer Stiftung und erhofft sich einen grösseren Beitrag von der Stadt Uster. Das GF Kultur steht diesem Ziel positiv gegenüber, verlangt aber eine Konkretisierung der Ausrichtung der zukünftigen Stiftung.

A.1.1..6 Stadtbibliothek

Trotz mehreren gesundheitsbedingten Ausfällen in der Leitung der Bibliothek konnte dank dem grossen Einsatz aller beteiligten Mitarbeitenden der Betrieb gegen aussen normal aufrechterhalten werden. Im Sommer kann die Leitung voraussichtlich neu besetzt werden. Die vier hier geprüften Indikatoren sind sinnvoll, leicht erfassbar und aussagekräftig.

*Die RPK-Kontrolle hat zu keinen Beanstandungen geführt, die Kontrolle hat ergeben, dass die Belege grundsätzlich korrekt visiert, kontiert und verbucht waren. Alle offenen Fragen wurden seitens der Verantwortlichen des Geschäftsfeldes kompetent und ausführlich beantwortet.
Petra Bättig und Gabi Seiler, Mai 2011*

4.5 Geschäftsfeld Finanzen

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Markus Wanner**

Die Subkommission der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit traf sich am 12. Mai 2011 mit Werner Egli, Stadtrat, und Markus Josi, Leiter Abteilung Finanzen für die Besprechung des NPM-Jahresberichtes 2010 des Geschäftsfeldes Finanzen (Kapital D im Jahresbericht).

Das Geschäftsfeld Finanzen beinhaltet nebst den Leistungsgruppen Finanzverwaltung und Informatik auch die LG Steuern. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, den Steuern, dem Gewinnanteil ZKB und den Konzessionsabgabe der energie uster AG werden vom Geschäftsfeld Finanzen nicht direkt beeinflusst. Informationen zu den Steuern, und zum Steuerkraftausgleich sind in der Jahresrechnung 2010 auf den Seiten A-4 bis A-11 detaillierte dargestellt, inkl. Abweichungsbegründungen.

Zu den Steuern nur zwei Anmerkungen: Erfreulich ist die Zunahme der Steuern Rechnungsjahr um CHF 1,1 Mio. und ein Steuerkraftausgleich vom Kanton, der CHF 1,9 Mio. höher ist als budgetiert. Die Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner beträgt CHF 2'714.-, das sind 79 % vom Kantonsmittel von CHF 3'457.-. Das finanzpolitische Ziel „Die Steuerkraft der Stadt Uster steigt stärker an als die Steuerkraft des Kantons“ konnte dieses Jahr nicht erreicht werden.

Der Globalkredit ohne Finanzierung, also ohne Steuern, ohne Steuerkraftausgleich, ohne Gewinnanteil der ZKB, ohne Konzessionsertrag der energie uster AG) von CHF 1'419'000.- wurde um CHF 138'000.- unterschritten, das sind 10 %. Die grössten Abweichungen:

- *Leistungsgruppe Finanzverwaltung CHF - 298'000.-
tiefere Zinsbelastung bei den Personalsparkonten und beim Kapitaldienst*
- *Leistungsgruppe Informatik CHF + 163'000.-
Erneuerung Datenverbindung und diverse notwendige Mehrausgaben für Sicherstellung Betrieb*

Für Beiträge an Vereine und Organisationen sind drei GF zuständig: das GF Finanzen für einmalige und wiederkehrende Beiträge, das GF Steuerung und Führung für Beiträge mit Standortförderungscharakter, und das GF Kultur für Beiträge im Rahmen der Jugendförderung. Organisatorisch kann das Sinn machen, solange ein Austausch zwischen diesen drei GF erfolgt, die Übersichtlichkeit ist eher erschwert.

Im 2010 wurde eine Wirkungsprüfung der Leistungsgruppe Informatik durchgeführt (siehe separater Bericht). Die vier Indikatoren wurden als sinnvoll, zweckässig und überprüfbar eingestuft.

Im ganzen GF Finanzen wurden 18 Indikatoren festgelegt. 10 sind erfüllt, 5 nicht erfüllt, bei 3 Indikatoren, oder vielleicht sind es auch Kennzahlen, ist nicht ganz klar, ob sie erfüllt sind oder nicht.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des GF Finanzen zu genehmigen.

4.6 Geschäftsfeld Liegenschaften

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Markus Wanner**

Die Subkommission der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit traf sich am 12. Mai 2011 mit Werner Egli, Stadtrat, Markus Josi, Leiter Abteilung Finanzen und Thomas Bornhauser, Leiter Liegenschaften für die Besprechung des NPM-Jahresberichtes 2010 des Geschäftsfeldes Liegenschaften (Kapital E im Jahresbericht).

Das Geschäftsfeld Liegenschaften beinhaltet drei Leistungsgruppen: LG Grundstückbewirtschaftung, LG Baumanagement und LG Immobilienbewirtschaftung,

Der Globalkredit von CHF 3'416'000.- wurde um CHF 444'000.- überzogen, das sind 13 %. Die grössten Abweichungen:

- *Leistungsgruppe Immobilienbewirtschaftung CHF + 588'000.- erhöhter Gebäudeunterhalt, alleine Instandstellungsarbeiten bei Mieterwechsel CHF 165'000.-, sowie Instandsetzungsarbeiten und Reparaturen. Mindereinnahmen infolge Mieterwechsel und Leerstand. Eine detaillierte Aufstellung über die Mehraufwendungen ist auf Seite E/9 aufgeführt. Die Abweichungen sind nachvollziehbar. Insgesamt werden 100 Objekte in Uster bewirtschaftet. Eine interessante Aufstellung dazu findet man auf Seite E/12.*
- *Leistungsgruppe Grundstückbewirtschaftung CHF - 97'000.- diverse Minderaufwände und Mehrerträge*

Bei den Investitionen wurden nur CHF 928 von budgetierten CHF 2,2 Mio. ausgeführt. Dies ist hauptsächlich auf die Verschiebung beim Projekt Püntarella Umgestaltung Aussenanlagen zurückzuführen.

Im 2010 wurde eine Wirkungsprüfung der Leistungsgruppe Immobilienbewirtschaftung durchgeführt. Von den 3 Indikatoren ist 1 Indikator nicht erfüllt, da keine Kundenumfrage durchgeführt wurde. Die Umfrage findet erst 2011 oder 2012 statt. Beim Indikator I02 Energiekosten Büroflächen Stadthaus wäre es sinnvoller, den Energieverbrauch anstatt die Energiekosten als Indikator zu führen. Dieser Indikator könnte generell für mehrere Liegenschaften geführt werden.

Im ganzen GF Liegenschaften wurden 17 Indikatoren festgelegt. 4 sind nicht erfüllt, 4 Indikatoren wurden nicht erhoben.

Zu den Unterhaltskosten: Ein anerkannter Richtwert für Unterhaltskosten an Gebäude sind 2 % des Gebäudeversicherungswertes, unabhängig ob in der Laufenden Rechnung oder in der Investitionsrechnung verbucht. Dieser Wert für die Substanzerhalten ist u.a. in den übergeordneten Wirkungs- und Leistungszielen aufgeführt. Dieser Wert wird grundsätzlich durch das GF Liegenschaften angestrebt. In der Vergangenheit wurde dieser Wert aber im Verlaufe des Budgetprozesses heruntergedrückt. Im Budget 2011 wurde erstmals Mehrausgaben für den aufgelaufenen Unterhaltsbedarf, also ein Nachholbedarf, von CHF 250'000.- budgetiert. Der gesamte Nachholbedarf im Liegenschaftenerhalt wird auf CHF 500'000.- geschätzt. Spätestens im Budgetprozess 2012 werden diese Werte wieder auftauchen.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit empfiehlt einstimmig, den NPM-Jahresbericht des GF Liegenschaften zu genehmigen.

4.7 Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Balthasar Thalmann**

Rechnung 2011, GF Infrastrukturbau und Unterhalt – Referat KPB

Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Das GF Infrastrukturbau und Unterhalt schliesst mit einer Budgetüberschreitung von Fr. 400'000 ab, der Globalkredit wurde mit Fr. 5.4 Mio. statt mit Fr. 5.0 Mio. abgeschlossen. Ausschlaggebend für diese Budgetüberschreitung war die Leistungsgruppe Strasseninspektorat. Auf diese Budgetabweichung wird der Sprecher der RPK noch näher eingehen. An dieser Stelle sei aber ein Kosten treibender Faktor genannt. Im vergangenen Jahr fielen überdurchschnittlich Kosten beim Unterhalt der Strassenkandelaber an. Derzeit besteht von fachlicher Seite den Verdacht, dass der Zustand des Kandelaberparks ungenügend ist und erhebliche Investitionen anstehen. Die Abteilung Bau geht dieser Fragestellung derzeit näher auf den Grund.

Im Übrigen gab das GF in der KPB nicht viel zu reden. Positiv hervorzuheben ist die transparente Darstellung bei der Investitionsrechnung, aus der klar hervorgeht, weshalb eine Kostenüber- oder -unterschreitung zu verzeichnen ist. Die Wirkungsprüfung wurde für die Indikatoren der Leistungsgruppe Stadtentwässerung vorgenommen; die KPB beurteilt die vorhandenen Indikatoren als zweckmässig.

Und zum Schluss noch meine Standardverkündung: die Sanierung der ARA ist zeitlich und finanzielle auf Kurs.

Der NPM-Bericht 2010 des GF Infrastrukturbau und Unterhalt wurde von der KPB einstimmig zur Annahme empfohlen.

Besten Dank.

Balthasar Thalmann

4.8 Geschäftsfeld Stadtraum und Natur

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Simone Michel**

Referat der Subkommission GF Stadtraum und Natur, S. G1-G9 mit den 3 Leistungsgruppen Stadt- und Verkehrsplanung, Natur und Landwirtschaft und Forstwirtschaft.

Subkommissionsbesprechung vom 16.5.2011, Kommissionsbesprechung vom 6.6.2011

Jahresrechnung 10 -

Seite B 10 Investitionsrechnung Stadtraum und Natur bzw. G2 im NPM- Jahresbericht

Im 2010 wurden 1'279'251.60 weniger investiert, wie im Voranschlag budgetiert. Das ist vor allem (1 Mio.) auf die Verzögerung des Hochwasserschutz-Projektes Riedikerbach wegen einer Einsprache zurück zu führen.

NPM- Jahresbericht 09

GF Stadtraum und Natur, S. G1-G9

Seite G1 Globalkredit

Der Globalkredit fürs gesamte GF weicht gegenüber dem Voranschlag um 42'000 Fr gegen oben ab, d.h. mit 3'790'000 Fr. und einer Ungenauigkeit, die nur ein gutes Prozent beträgt, eigentlich eine Punktlandung.

LG Stadt- und Verkehrsplanung

Seite G4 Nettokosten Leistungsgruppe ist eine Punktlandung. Jedoch weil sich Mehr- und Minderausgaben die Waage hielten. Die Abweichung auf S G4, Finanzen und Personal, erste Zeile, von weniger Ausgaben von 102'000 Fr. ist zu erklären. Der kleinere Beitrag von 30'000 wurde mit einer erst im Jahre 2011 eintreffenden Rechnung der RZO an die Stadt Uster erklärt, die Angaben zu den noch verbleibenden rund 70'000 weniger hohe Ausgaben wurde uns in der Kommissionsbesprechung von Herrn Frei versprochen. Ich hoffe, dass Thomas Kübler als zuständiger Stadtrat hier dazu Auskunft geben kann.

LG Natur und Landwirtschaft

Der auf S G7 fehlende Indikator zur Fläche der Objekte mit biologischer Qualität war zur Zeit der Besprechung vom Kanton noch nicht an die Stadt Uster geliefert worden. Es wurde der Kommission aber versprochen, ihn noch vor den Sommerferien nach zu liefern.

LG Forstwirtschaft

Seite G7

S G9 die Nettokosten der Leistungsgruppe sind um 44'000 Fr tiefer ausgefallen wie budgetiert, trotz zusätzlicher Waldrandpflege, die aus Sicherheitsgründen am Autobahnbord durchgeführt werden musste.

Vielen Dank der Verwaltung für die Arbeit!

Für die Subkommission, Simone Michel

Thomas Kübler verweist auf eine Mail vom 10. Juni 2011 seitens der Abteilung Bau, in dem die geforderten Stellungnahmen enthalten sind.

4.9 Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Benno Scherrer**

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und –kollegen

Das GF Hochbau und Vermessung schliesst bei einem Globalkredit von CHF 1,320 Mio mit Ausgaben von 1,255 Mio um CHF 65'000 besser ab als budgetiert.

Bei der Beratung des NPM-Jahresberichtes 2010 in der KPB auf kamen schwerpunktmässig folgende Punkte zur Sprache.

Die Bautätigkeit ist hoch, die Anzahl der Baugesuche ist um 30% gestiegen – und damit auch die Belastung der Mitarbeitenden.

Die Energieberatung - es gibt keine eigentliche Stelle dafür - ist zu einem wichtigen Teil des Prozesses geworden und wird wahrgenommen.

Kopfzerbrechen bereiteten (hoffentlich ein letztes Mal) die Sammelkosten der Leistungsgruppe Vermessung. Die grosse Differenz von Budget und Rechnung hängt mit dem Umstieg von einem alten System – Lisa – auf Abacus zusammen, in Zukunft sollte dort die Budgetierung aber auch genauer erfolgen können – und müssen.

In der LG Baubewilligung und Bauberatung fällt auf, dass der Indikator I 02 (100% der Baugesuche innerhalb Verfahrensfristen erledigt) nicht erreicht wurde. Das Ziel müssen 100% sein – bei der hohen Zahl der Gesuche ist die aber schwierig zu erreichen. Wünschenswert wäre ein Tabelle, auf der die Verzögerungen detailliert aufgeführt sind. So wie es aktuell festgehalten ist, führt auch eine Verzögerung von nur wenigen Tagen zu einer Verschlechterung des Indikators – genau gleich wie eine Verzögerung von Monaten.

In der LG Architektur und Denkmalpflege wurde die Orientierungshilfe Farbe für Ortsbildzonen diskutiert und die Wirkungsprüfung vorgenommen, welche zu keinen Beanstandungen Anlass gab, aber weiterhin als schwierig erachtet wird. Wichtig ist aber das offene Gespräch mit der Verwaltung, das wiederum geschätzt wurde.

Die KPB hat den Bericht einstimmig (9:0) verabschiedet und beantragt dem Gemeinderat diesen Abzunehmen.

4.10 Geschäftsfeld Koordination Bildung

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Regula Trüeb**

GF Koordination Bildung (Seite 11 – 13):

Am 11. Mai 2011 hat sich eine 4-köpfige KBK-Delegation mit Marianne Siegrist, Anita Borer, Walter Meier und Regula Trüeb mit den Verantwortlichen der Primarschulpflege zu einem Vorgespräch getroffen. Von seiten der Primarschule waren die folgenden Personen anwesend: die Präsidentin Sabine Wettstein, Rolf Rinderknecht, Verantwortlicher Finanzen, Jürg Göppel, ehemaliger Abteilungsleiter, und Markus Vanza, neuer Abteilungsleiter.

Die Fragen zur Musikschule haben uns zusätzlich zwei Vorstandsmitglieder der Musikschule Uster Greifensee beantwortet. Wir bedanken uns für die kompetente Beantwortung unserer Fragen.

Das GF Koordination Bildung liegt mit dem Globalkredit rund 100'000 Fr. über dem Budget von 1'8 Mio. Fr.:

Dieses GF beinhaltet einerseits die Musikschule, andererseits die Primarschulverwaltung.

Die MUSG hat rund 50'000 Fr. mehr ausgegeben: Einerseits hat die Zahl der Musiklektionen in der MSUG trotz stagnierender Schülerzahlen leicht zugenommen. Zudem gab es mehr Mieten für passende Übungsräume. Wegen des Schulraummangels in mehreren Schuleinheiten müssen Räume von der MSUG dazugemietet werden, z.B. im Frjz oder Im Werk. Die Raumsituation wird weiterhin ein Thema bleiben. Die Mieten werden nicht im Budget der MSUG, sondern der politischen Gemeinden Uster und Greifensee abgerechnet, die Musikräume zur Verfügung stellen müssen.

Der Anteil der Kinder, die Gruppenunterricht erhalten, ist weiter angestiegen, auf hohe 24.8 %. Ein weiterer Ausbau ist nicht realistisch.

Nach den Budgetkürzungen ist es bei der MSUG zu einer Stagnation bei den Schülerzahlen gekommen, d.h. das Wachstum hat sich abgeflacht. Die Gründe sind einerseits die allgemeine wirtschaftliche Lage und ein zurückhaltendes Marketing der MSUG. Es kam zu keinen Kündigungen von Lehrpersonen, doch z.T. zu kleineren Pensen.

In der Primarschulverwaltung gab es Mehrausgaben im Rahmen von Fr. 50'000:

In der Schuleinheit Pünt wurde der interimistischen Teilzeit-Schulleiterin eine 50% Sekretärin zur Verfügung gestellt.

Die Schulverwaltung wurde reorganisiert. Mit der Verkleinerung der Schulpflege wurde pro Schulpfleger/in ein Zuständigkeitsbereich geschaffen. Jedes Schulpflegemitglied wird von einem Mitarbeitenden der Schulverwaltung betreut.

Vom Lohn für das Primarschulpräsidium wurden 90'000 Fr. der Abteilung Bildung belastet. der andere Teil wird der Kostenstelle Stadtrat im GF Steuerung und Führung belastet.

Der Aufwand für das 24-Std.-Lernfestival der IG Bildung war sehr gross, doch das Nachtprogramm war nur spärlich besucht. Im 2011 wird deshalb auf ein Lernfestival verzichtet und das Konzept überdacht.

Die KBK hat dem NPM-Jahresbericht des GF Koordination Bildung in der Sitzung vom 6. Juni einstimmig zugestimmt.

27. Juni 2011

für die KBK: Regula Trüeb

4.11 Geschäftsfeld Sicherheit

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Stefan Kern**

Bericht der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KoS)

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Das Geschäftsfeld Sicherheit hat den Globalkredit von TCHF 3'490 nur zu 90 % ausgeschöpft. Dies ist hauptsächlich auf den geringeren Personalaufwand bei der Stadtpolizei zurückzuführen, weil einige Stellen erst im Laufe von 2010 besetzt werden konnten. Zudem wurden mehr Gebühren und Bussen vereinnahmt. Generell kann festgehalten werden, dass sich die personelle Situation in diesem Geschäftsfeld weiter stabilisiert hat.

Im Rahmen der Wirkungsprüfung der Leistungsgruppe Stadtpolizei wurden sämtliche 12 Indikatoren überprüft. Mehrheitlich wurden die Vorgaben erfüllt bzw. übertroffen. Lediglich der Indikator I11 (Online Märkte / E-Government 50 %) wurde nicht erfüllt, da aus zeitlichen Gründen kein Online-Marktsystem evaluiert und beschafft werden konnte. Die Einführung ist jedoch im laufenden Jahr geplant und budgetiert.

Falls sich diese Leistungsgruppe Stadtpolizei weiterhin so positiv wie bisher entwickelt und auf hohem Niveau bis voraussichtlich 2013 konsolidiert bzw. weiter optimiert werden kann, ist die Reduktion der aktuell 12 Indikatoren auf weniger als 10 Indikatoren anzustreben.

Auch die durch die Rechnungsprüfungskommission (RPK) erfolgte Revision des Geschäftsfeldes Sicherheit gab zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass. Aus diesem Grund entfällt ein separates Referat der RPK.

Die KoS empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, das Geschäftsfeld Sicherheit zu genehmigen.

*Nänikon, 27. Juni 2011
Stefan Kern
SVP Gemeinderat Uster*

Marius Weder

Referat zum NPM-Jahresbericht und -rechnung 2010, Geschäftsfeld Sicherheit

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende

Vorweg möchte ich die Gelegenheit, wenn hier anlässlich der Behandlung der Jahresrechnung 2010 im Rat die Rede auf die Stadtpolizei kommt, nutzen, dem Leiter der Abteilung Sicherheit, Jörg Ganster, und dem Kommandanten der Stadtpolizei, Daniel Stein, ein grosses Lob dafür auszusprechen, was sie in den letzten beiden Jahren organisatorisch in und um die Stadtpolizei Uster-Greifensee geleistet haben. Zur Erinnerung: Nach dem Ausscheiden des früheren Kommandanten präsentierte sich die Stadtpolizei von ihrer Gesamtlage her geradezu als Stall des Augias, den es auszumisten galt. Es gab Personalwechsel im Korps, die rund die Hälfte der Polizisten betrafen, so dass im Jahresdurchschnitt mehrere Stellen unbesetzt bleiben mussten und die Überzeitsaldi der verbleibenden Polizistinnen und Polizisten horrend anstiegen. Betrachtet man dagegen die Situation, wie sie sich uns heute präsentiert, so kann diese als sehr erfreulich bezeichnet werden. Die Personalmutationen sind heute klein, die Zufriedenheit des Personals ist,

wie man hört, gut und man schaut frohen Mutes in die Zukunft. Demzufolge konnten in den letzten beiden Jahren die Stellen denn auch weitgehend besetzt werden.

Klar ist, dass dann natürlich auch Reformen angepackt und Neues eingebracht wurde. Eine Neuerung, die wir als Fraktion besonders begrüßen, ist, dass nunmehr zwei Polizeibeamte nebst anderen Aufgaben schwerpunktmässig als Jugendpolizei tätig sind. Wie man von allen Seiten hört, klappt dies ausgezeichnet und gelingt es damit offenbar sehr gut, ein gewisses notwendiges Vertrauensverhältnis zwischen Polizei einerseits und jugendlicher Bevölkerung andererseits herzustellen.

Ein Kränzchen sei an dieser Stelle nicht zuletzt aber auch den Betroffenen, nämlich eben den genannten Jugendlichen der Stadt Uster gewunden. Wie man auch diesbezüglich von allen Seiten - Stadt- und Kantonspolizei aber auch Schul- und anderen Behörden - hört, wird die Ustermer Jugend als von wenigen negativen Ausnahmen selbstverständlich abgesehen doch vergleichsweise sehr ruhig und gutmütig bezeichnet. Gerade in Zeiten, in denen Jugendgewalt bzw. Jugendkriminalität da und dort immer mal wieder mal für negative Schlagzeilen sorgen, hebt sich unsere jugendliche Bevölkerung offenbar doch positiv ab, wofür auch ihr unser herzlicher Dank ausgesprochen sei. Auch dies ist ein Punkt, der es uns - um den Bogen zurück zur Jahresrechnung zu spannen - hoffentlich auch inskünftig ermöglichen wird, die Kosten beim Geschäftsfeld Sicherheit in angemessenen Grenzen zu halten.



Marius Weder

4.12 Geschäftsfeld Publikumsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Stefan Kern**

Bericht der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KoS)

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Das Geschäftsfeld Publikumsdienste hat den Globalkredit von TCHF 1'386 um TCHF 139 unterschritten. Dies ist hauptsächlich auf die höheren Gebührenerträge (bei gleichbleibenden Tarifen) aus zusätzlichen Dienstleistungen zurück zu führen.

In der Leistungsgruppe Einwohnerdienste wurden sämtliche Indikatoren im Rahmen der Wirkungsprüfung überprüft. Der einzige Indikator (Kundenzufriedenheit) wurde erfüllt.

Auch die durch die Rechnungsprüfungskommission (RPK) erfolgte Revision des Geschäftsfeldes Publikumsdienste gab zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass. Aus diesem Grund entfällt ein separates Referat der RPK.

Die KoS empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, das Geschäftsfeld Publikumsdienste zu genehmigen.

*Nänikon, 27. Juni 2011
Stefan Kern
SVP Gemeinderat Uster*

4.13 Geschäftsfeld Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Bea Mischol**

*Sehr geehrter Herr Präsident,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

*Die Vorbesprechung hat am Dienstag, 10. Mai 2011 mit der Stadträtin Barbara Thalmann, dem
Abteilungsleiter Soziales, Armin Manser und den Gemeinderäten Hans Keel und mir statt gefunden.
Die KSG hat das GF Soziale Sicherheit an ihrer Sitzung vom Montag, 06. Juni 2011 behandelt.*

*Barbara Thalmann und Armin Manser haben uns wie auch bereits im letzten Jahr sehr kompetent
Auskunft gegeben und es ist alles klar beantwortet worden.*

Die Ausgaben von den Gemeindegremien im 2010 bewegen sich im Rahmen vom Vorjahr.

*Es sind weniger Rückerstattungen bei den Zusatzleistungen erbracht worden.
Die Rückerstattungen bei den Zusatzleistungen können jedes Jahr sehr stark variieren.*

*Wir haben festgestellt, dass es einerseits ein Defizit an Betreuungsplätzen hat und andererseits ein
Überschuss an Geld besteht.*

*Der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kleinkinder und Kinder allgemein ist sehr schwierig zu planen,
denn wie ermittelt man schon einen BEDARF??*

*Vorhandene Plätze können nicht immer sofort besetzt werden. Es gibt Wartelisten auf denen bereits
Kinder welche noch nicht geboren sind aufgeführt sind oder man meldet sich an mehreren Stellen
an- und dann nicht wieder ab.*

*Das vorhandene Geld ist in den vergangenen Jahren nicht umfänglich gebraucht worden, steht aber
weiterhin zur Finanzierung von Betreuungsplätzen zur Verfügung.*

*Die Nettobelastung der Stadt Uster für die Familienergänzende Betreuung hat um rund CHF
401'000 abgenommen. Hauptgrund ist, dass viele Eltern wegen deren hohem Verdienst, höhere
Beiträge bezahlen. Eltern tragen wie im Vorjahr rund 63% von den Gesamtkosten. Die
gemeinderechtliche Vorgabe für den Kostenanteil der Eltern liegt bei 51%.*

Die Wirkungsprüfung hat stattgefunden und aus der RPK gib es auch keine Bemerkungen.

Wir beantragen Annahme

*Für den Gemeinderat, Juni 2011
Bea Mischol*

4.14 Geschäftsfeld Gesundheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Ivo Koller**

Am 13. Mai 2011 trafen sich Stadträtin Esther Rickenbacher, Abteilungsleiter Claude Hunold mit den Gemeinderäten Hilda Schelldorfer und Ivo Koller zur Besprechung des Geschäftsberichts/Jahresrechnung 2010.

GF Gesundheit (M1-M2)

Das Projekt „Gesundheitsstadt“, welches mit Thun ausgearbeitet wird, schreitet wie geplant voran, es liegt im vorgegebenen Kosten- und Zeitrahmen. Das Qualitätslabel „Gesundheitsstadt“ soll analog dem Label „Energiestadt“ eingeführt werden.

Im Herbst 2010 hat der neue Abteilungsleiter seine Stelle angetreten.

LG Abfall und Umwelt (M3-M5)

Mit dem Ende 2010 veröffentlichten Littering-Konzept wird aufgezeigt welche Massnahmen gegen Littering bereits ergriffen wurden und welche noch geplant sind.

Bei der im Jahr 2010 geplanten Umrüstung einer Unterflursammelstelle auf dem Zellweger-Areal kam es aufgrund des Planungs- und Baufortschritts zu Verzögerungen.

Im kantonalen Vergleich liegen die Kosten für die Grundgebühren in Uster unter dem Durchschnitt (kant. Durchschnitt 109.- / Uster 72.-). Dies liegt unter anderem daran, dass sich die Kosten für die nötige Infrastruktur auf eine grössere Bevölkerung verteilen lassen.

Unter anderem aufgrund der Verzögerung beim Bau einer Unterflursammelstelle ist der Bestand der Spezialfinanzierung weiter angewachsen. Deswegen wird eine Senkung der Grundgebühren auf den 01.01.2012 geprüft. Trotzdem sollen noch genügend Mittel im Bestand bleiben, dass eine Erweiterung der Hauptsammelstelle möglich ist.

LG Lebensmittelkontrolle (M6-M7)

Die Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich (seit 2009 dem Lebensmittelinspektorat der Stadt Zürich angeschlossen) hat sich gut eingespielt. Im Informatikbereich konnten die vorhandenen Probleme gelöst werden.

Die ausgewiesenen Kosten dieser Leistungsgruppe belaufen sich aufgrund höheren Gebühreneinnahmen auf 101'000 Franken anstatt der budgetierten 153'000 Franken.

Die Wirkungsprüfung wurde in der LG Lebensmittelkontrolle durchgeführt.

Die Kommission Soziales und Gesundheit hat das Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen. Aus der RPK gab es keine Ergänzungen.

*Für die Subkommission,
Ivo Koller und Hilda Schelldorfer*

4.15 Geschäftsfeld Betreutes Wohnen

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Claudia Bekier**

Bericht GF Betreutes Wohnen und Spitex, NPM-Jahresbericht 2010, N/1 - N/9 Leistungsauftrag Globalbudget

Die Sitzung fand am 10.5.2011 im Beisein von Stadträtin Esther Rickenbacher, dem Abteilungsleiter Gesundheit Claude Hunold, dem Gesamtleiter LG Heime Bernhard Liepelt und der Leiterin LG Spitex Silvia Tavarotti statt. Die anwesenden Subkommissionsmitglieder waren Peter Wüthrich und Claudia Bekier. Frau Julia Amherd war auf Grund einer Zugspanne längerfristig verhindert und traf erst gegen Ende der Sitzung ein.

Beantwortung der Fragen NPM-Jahresbericht 2010, einige erwähnenswerte Punkte:

- Ganz allgemein ist festzuhalten, dass unsere Fragen sehr ausführlich und klar verständlich beantwortet wurden.

- LG Heime Stadt Uster, Seite N2, „Finanzen“: In vielen Bereichen dieses Geschäftsfeldes lassen sich Ausgaben und Aufwand schlecht prognostizieren, da diese Zahlen sehr stark vom Leistungsbezug abhängen. So lässt sich auch die Abweichung des Sockelbeitrages an Spitäler erklären. Die Zahl wurde auf Grund der Nachfrage im Vorjahr festgelegt. Tatsächlich war dann der Bedarf im vergangenen Jahr grösser.

-LG Heime Stadt Uster, Seite N3, Abschnitt „Investitionsplanung“: Die „Ist-2010“-Angabe ist in Abklärung.

- LG Heime Stadt Uster, Seite N3, Abschnitt „Personal“: Es gelingt den Heimen der Stadt Uster nach wie vor ausgebildetes Personal zu rekrutieren. Die Art der Zusammensetzung des Personals ist stark abhängig von der Pflegeintensität (gemessen an den BESA-Punkten) auf einer Abteilung. So wurde auf der Demenzabteilung des Heimes im Grund bereits ab 2009 ein zusätzlicher Betreuungsdienst für sinnvoll erachtet und eingerichtet.

-LG Heime Stadt Uster, Seite N4, Abschnitt „Einleitung“: Die Zahl der Krankheitsausfälle ist leicht rückläufig, aber immer noch hoch. Die noch hohe Zahl beinhaltet Langzeitkranke, für die eine Lösung gesucht werden muss.

-LG Heime Stadt Uster, Seite N5, Abschnitt „Indikatoren“: In den Heimen der Stadt Uster werden regelmässig Befragungen bei den Bewohnern durchgeführt. Diese sollen die Qualität sichern und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen. Eine repräsentative Anzahl der BewohnerInnen ist in der Lage, ein aussagekräftiges Feedback zu geben. Tendenziell ist festzustellen, dass sich die heutigen Heimbewohnenden nicht scheuen, ihre Meinung bezüglich Zufriedenheit zu äussern und Wünsche zu formulieren.

- LG Heime Stadt Uster, Seite N7, Abschnitt „Einleitung“: Die Heime, das Spital, Spitex und Wagnhof verfolgen weiterhin ein Gesamtausbildungsangebot, welches ein gutes Potential von vielseitigen Ausbildungsplätzen ausweist. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen in diesem Bereich gelegt. Im Juli 2011 sollen die Ausbildungsvarianten vorgestellt werden.

-LG Spitex, Seite N9, Abschnitt „Kennzahlen K04“: Die „IST10“- Angabe beträgt 1'244 (+65), die Abweichung beträgt demnach -6.

-LG Spitex, Seite N9, Abschnitt „Finanzen und Personal“: Die geringere Nachfrage erfolgte ohne Stellenabbau, sondern wurde über die Reduktion der Teilzeitstunden kompensiert.

Allgemeine Informationen:

-Der Stadtrat ist bestrebt, ganz nach dem Motto „weniger wäre mehr“ die Lesbarkeit der NPM-

Berichte zu verbessern.

- Die ehemalige Fachkommission „Betreutes Wohnen“ wurde aufgelöst. Die Kommission hat sich in neuer Zusammensetzung am 9.11.2010 konstituiert. An der zweiten Sitzung vom 15.2.11 wurden die Anforderungen an ein modernes Alterskonzept festgelegt. Die Vernehmlassung des Alterskonzeptes ist per Ende 2011 geplant, die Fertigstellung des Alterskonzeptes soll im Frühling 2012 realisiert sein. (Siehe ausführlicher Bericht C. Hunold vom 10.5.2011).

Wirkungsprüfung:

Die Sitzung fand am 18.5. im Beisein von Herrn Liepelt, Herrn Kuster, Julia Amherd, Peter Wüthrich und Claudia Bekier im Heim Im Grund statt.

Für die Subkommission „Betreutes Wohnen und Spitex“

Claudia Bekier

Uster, den 5.6.2011

4.16 Geschäftsfeld Sport

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Ruedi Gysi**.

KBK Referat GF Sport zum NPM-Jahresbericht 2010

*Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren*

Bei den Besprechungen vom 9. Mai 2011 mit SR Esther Rickenbacher, Hr. Claude Hunold und Hr. Dani Brunner und vom 16. Mai 2010 mit den gleichen Personen konnten wir uns einen Überblick über das Geschäftsfeld Sport machen. Die von uns gestellten Fragen wurden kompetent und klar beantwortet.

Die Nachfolgeregelung mit dem Geschäftsfeld-Leiter erfolgte am 1. Januar 2010 wonach der frühere Leiter mit einem reduzierten Arbeitspensum bei der Einarbeitung noch zur Verfügung stand. Der Fokus des neuen Geschäftsfeld-Leiters lag in diesem Jahr vorwiegend bei der Aufarbeitung der teilweise langjährigen Pendenzen. Diese Pendenzen hatten sich aufgestaut weil der Personalbestand mit dem zunehmenden Leistungsumfang in den letzten Jahren nicht Schritt halten konnte. Die Infrastruktur auf der Sportanlage ist in den letzten Jahren stetig angestiegen (neuer Kunstrasen, Trendsportplatz). Damit verbunden ist auch die Zunahme von Belegungen und Anlässen. Der neue Geschäftsfeld-Leiter hat im vergangenen Jahr viele Prozesse optimiert und so mehr Transparenz geschaffen. Das Setzen von Prioritäten und die Konzentration auf die Kernaufgaben führten zu einer spürbaren Stabilität im gesamten Geschäftsfeld. Es wäre wünschenswert wenn der Geschäftsfeld-Leiter administrativ entlastet werden könnte um sich mehr den operativen Aufgaben widmen zu können. Auch die sich stark veränderten Vorgaben und Vorschriften im Sportumfeld bedürfen eines verstärkten Augenmerkes der Führungsperson.

Beim drei Bäderbetrieb wurde im Sommer 2010 eine Befragung der Kundenzufriedenheit durchgeführt. Die Rückmeldungen über Freundlichkeit, Sauberkeit und Sicherheitsempfinden waren sehr erfreulich. Weniger gut wurden die Ergebnisse bei den Gebäude und den Platzverhältnissen beurteilt. Bei der Planung der nächsten Jahre werden diese Probleme behandelt werden. Der Stadtrat hat eine Priorisierung der Grossprojekte in der Stadt vorgenommen und dabei wurde die Erweiterung und Sanierung des Hallenbades ganz vorne eingestuft.

Die Benützung der Anlagen (Kunstrasen, Trendsportplatz, Laufbahn im Stadion und Finnenbahn) wurden durch die Bevölkerung genutzt und so ist eine gut funktionierende Infrastruktur für den Jugend- und Breitensport gegeben.

Der Ustermer-Sportpass ist als Dreibäder-Karte sehr beliebt. Es ist geplant die Karte noch attraktiver zu machen es ist dabei mit der Einführung auf das Jahr 2012 zu rechnen.

Wie jedes Jahr wurden durch uns die misslichen Verpflegungsmöglichkeiten im Stadion Buchholz beanstandet. Diese Möglichkeiten seien gar nicht so schlecht wurde uns erklärt, stehen doch mit dem Kiosk im Stadion und dem Bistro in der Sporthalle zwei Lokalitäten zur Nutzung und zum Betreiben zur Verfügung. Bei der Sanierung des Hallenbades plant man auch eine Vergrösserung des Cafeteria-Bereiches.

Ein weiteres leidiges Thema sind die Fr. 100`000.-- für ein Sponsoring im Stadion Buchholz. Seit Jahren geistert diese Zahl durch das Budget, wurde aber nie erreicht. Mehrere namhafte Agenturen wurden angefragt und haben diesen Auftrag abgelehnt. Es würde mehrere grössere Partner benötigt um diesen Betrag zu erreichen. Die KBK ist der Meinung, dass diese Fr. 100`000.-- endlich aus dem Budget zu streichen sind.

Es wurden 2010 tiefere Wasser- und Energiekosten erreicht. Das ergibt sich aus zu hoch angesetztem Budget, da man mit den verfügbaren Werten von 2008 und Halbjahreswert 2009 gerechnet hatte.

Ebenfalls wurden reduzierte Platzwässerungen vorgenommen und die Mitarbeiter im Umgang mit den Ressourcen sensibilisiert. Das gesparte Frischwasser hatte dann auch entsprechend keine Abwassergebühren zur Folge, was zu einem weiteren Minderaufwand in der Jahresrechnung führte.

Das GF Sport weist eine positive Abweichung von Fr. 395`000.-- auf. Diese Abweichung hat mehrer Gründe:

- 1. Projekte wie Park am Aabach und Beckensanierung im Strandbad im Umfang von Fr. 100`000.-- wurden nicht realisiert.*
- 2. Einmalige auf das Jahr 2010 beschränkte Aufwandposten von Fr. 120`000.-- entfielen (Herbstunterhalt der Fussballplätze, bereits 2009 eingekauftes Reinigungsmaterial und temporär nicht besetzte Stellen).*
- 3. Wegen des warmen Sommers kam es zu Mehrerträgen in der Höhe von rund Fr. 100`000.-- .*
- 4. Fr. 80`000.-- kamen durch die tieferen Wasser- und Energiekosten zustande.*

Im GF Sport ist die Wetterabhängigkeit ein wichtiger Faktor er entscheidet stark über Ein- und Ausgaben. Um auf den Sportanlagen den Unterhalt und die Sicherheit gewährleisten zu können braucht es gute und motivierte Mitarbeiter.

Die KBK empfiehlt dem Gemeinderat den Jahresbericht zur Annahme, dieser wurde in der Kommission ohne Gegenstimme gutgeheissen.

6. Juni 2011

Ruedi Gysi, Gemeinderat

Der Bericht wurde auch durch die RPK geprüft und um die Sache nicht in die Länge zu ziehen werde ich ihnen auch dieses Resultat bekannt geben.

Der Jahresbericht wurde durch die RPK mit einer Gegenstimme genehmigt und die Kommission empfiehlt dem Gemeinderat ebenfalls die Annahme.

4.17 Geschäftsfeld Sozialhilfe

Für die Kommission Soziales und Gesundheit und Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Strucken**

Bericht Geschäftsfeld Sozialhilfe Jahresrechnung 2010 Globalkredit

Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit Fr. 8'162'000.- (inkl. interne Verrechnungen) ausgeschöpft, Fr. 636'000.- weniger als budgetiert.

GF Sozialhilfe (Seiten P 1 –P 2)

Einleitung

Die Arbeitslosenquote sank im Jahr 2010 – entgegen den Erwartungen – nochmals von 5 auf 4.1%. Die neueste Entwicklung zeigt bis Ende Mai nochmals einen Rückgang auf 3.0%. Die erneut tiefere Arbeitslosenquote hat aber auch damit zu tun, dass die neu Ausgesteuerten gemäss revidiertem Arbeitslosengesetz nicht mehr als gezahlte Arbeitslose erscheinen.

Es wurde uns erläutert, dass auf der anderen Seite sich die erhöhte Zahl der Ausgesteuerten noch nicht in einem Anstieg der Fallzahlen bei der Sozialhilfe bemerkbar gemacht hat.

Auch die Fallzahlen bei der Sozialhilfe sind im 2010 im Vergleich zum Vorjahr entgegen der Erwartungen nochmals um 9 % gesunken. Die Hauptfaktoren, welche zu dieser positiven Entwicklung geführt haben, seien folgende:

- *die günstige wirtschaftliche Situation mit vielen offenen Stellen, teilweise auch für Sozialhilfebeziehende*
- *der Rückgang der Arbeitslosenquote, wie gehört*
- *aber auch die engmaschige Begleitung der Sozialhilfebeziehenden mit klaren Vorgaben bezüglich Überwindung ihrer finanziellen Notlage*
- *erfolgreiche berufliche Integrationsmassnahmen: 2010 fanden 40% der Personen, die im Arbeitintegrationsprogramm „also“ arbeiten, während oder nach dem Einsatz eine Arbeitsstelle*
- *die genaue Prüfung der Anträge um Sozialhilfe: 2010 erhielten 32% der Antragstellenden letztendlich Sozialhilfe (Budget in der betreffenden Kennzahl: 50%)*
- *Stadtentwicklung mit viel Eigenheimen und Eigentumswohnungen, also Erschwernis für die Zuwanderung von sozial schwächeren Schichten.*

LG Sozialberatung (Seiten P 3 – P6)

Einleitung

5. Abschnitt

Der Nettoaufwand für die Sozialhilfe ist trotz Fallabnahme Fr. 100'000.- höher ausgefallen als 2009. Die Gründe wurden aufgelistet: Höhere Kosten pro Einzelfall und weniger Rückerstattungen.

7. Abschnitt

Die höheren Kosten pro Einzelfall sind im Wesentlichen vor allem auf den hohen Aufwand für stationäre Platzierungen von Kindern und Jugendlichen zurückzuführen. Für diese fielen im Jahre 2010 pro Einzelfall im Vergleich zu den anderen Fällen durchschnittlich fünfmal höhere Sozialhilfenettkosten an.

LG Asyl- und Flüchtlingswesen (Seiten P7 – P10)

Finanzen und Personal

Wir liessen uns die grosse Abweichung bei den Nettokosten der Leistungsgruppe erklären. Es handle sich hier um eine Auswirkung der niedrigeren Belegungszahlen gemäss den Indikatoren I 05 und I 06. Über viele Jahre war an dieser Stelle aber ein Einnahmenüberschuss ausgewiesen. Unsere Infrastrukturkosten sind gegeben und verändern sich auch bei schwankender Belegung nicht.

In dieser Leistungsgruppe wurde die Wirkungsprüfung durchgeführt. Wir haben die Indikatoren auf ihre Tauglichkeit hin überprüft und finden sie in Ordnung.

Die Kommission Soziales und Gesundheit hat das Geschäftsfeld einstimmig gutgeheissen, in der RPK gab es keine Bemerkungen.

Walter Strucken / 27.6.2011

4.18 Geschäftsfeld Primarschule

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Regula Trüeb**

KBK-Referat zum NPM-Jahresbericht 2010 der PSU (Q 1- Q 24)

Q 1 – 5 Allgemein

Im letzten Jahr war die Primarschule Uster mit der Erarbeitung und Umsetzung von verschiedenen Projekten beschäftigt, besonders mit der Integrierten Sonderpädagogik, der Reduktion der Primarschulpflege von 25 auf 13 Mitglieder und der Einführung Schulsozialarbeit. Die 5 Schuleinheiten, die bis heute von der kantonalen Fachstelle für Schulbeurteilung FSB evaluiert wurden, erhielten für ihre Arbeit eine gute Beurteilung. Die Zusammenarbeit zwischen den Schulpflegern der PSU und der SSU wurde intensiviert

Der Globalkredit von 31'433 Mio. Fr. ist um 1.578 Mio. Fr. überschritten worden im Vergleich zum Budget. Diese Aufwandsteigerung ist auf die Kostenzunahme im sonderpädagogischen Bereich zurückzuführen (Begründung vgl. GF Sonderpädagogik)

Die geplanten Investitionen von 3,9 Mio. Fr. wurden mit 1,1 Mio. Fr. nicht einmal zu einem Drittel getätigt.

Q 6 - 8 LG Regelunterricht

Die LG Regelunterricht schliesst 400'000 Fr. unter dem Budget von 16 Mio. Fr. Bei der Primarschule (ohne KiGa) wurden 654'000 Fr. weniger ausgegeben. Gründe sind die zu hohe Budgetierung, eine Abnahme der Schülerzahlen und eine Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrösse. Das wiederum habe zur Reduktion der VZE (Vollzeiteinheiten) um 1,1 geführt. Die durchschnittliche Klassengrösse hat sich auch wegen Neuzuzüglern und wegen der Raumknappheit erhöht. Uster liegt in Bezug auf Klassengrösse mit 20,9 SchülerInnen und dem Sozialindex 112 im kantonalen Mittelfeld. All diese Faktoren haben zu einer Reduktion der durchschnittlichen Kosten pro Primarschüler/in von 900 Fr. geführt.

Die Kosten beim Kindergarten wurden hingegen um 334'000 Fr. überschritten, obwohl 44 Kinder weniger als erwartet den Kindergarten besucht haben. Dies wurde mit höheren kantonalen Besoldungen, v.a. erhöhten Kosten für Absenzen(viele Schwangere), begründet. Dadurch haben sich auch die durchschnittlichen Kosten pro Kindergartenkind um fast 500 Fr. erhöht.

Zudem haben die Schulleitungen in den Schuleinheiten weniger ausgegeben als budgetiert.

Q 9 - 11 LG Zusatzangebote

In dieser LG gab es praktisch eine Punktlandung.

Die Zahl der schulischen Aktivitäten wie Projektwochen und Exkursionen hat seit langem wieder zugenommen. Es wurden jedoch weniger Freifächer angeboten. Das Schwergewicht lag mit 60% des Angebots bei Bewegungskursen. Die Anzahl der obligatorischen schulärztlichen und schulzahnärztlichen Untersuchungen ist leicht zurückgegangen.

Die Indikatoren, deren Zielbezüge und Abgrenzungen sind zu wenig klar. Die Subkommission wünscht eine Vereinfachung und Klärung. Mit der Einführung der Schulsozialarbeit als neues Zusatzangebot auf Sommer 2011 verspricht die PSU eine Bereinigung.

Ab Sommer 2011 wird die Schulsozialarbeit mit 300 Stellenprozent eingeführt. Die PSU ist daran, mit der SSU die gleichen Indikatoren und Kennzahlen zu erarbeiten.

Q 12 – 14 LG Tagesstrukturen

Rund 18% aller Schulkinder besuchen die Tagesstrukturen. Die Mittagsbetreuung verzeichnet mit 175 Kindern die grösste Nachfrage. Der Ganztageshort und die Morgenbetreuung sind nicht mehr im Angebot. Unterdessen betreuen 34 Hortmitarbeitende mit 16,4 Vollzeitstellen die Kinder. Es werden auch 2 Lernende als Fachfrau Betreuung ausgebildet.

Auf Beginn des Schuljahres 2010 wurden die Tarife leicht erhöht (1-3 Fr.). Der Kostendeckungsgrad der Elternbeiträge beträgt 46%. 76,5% der Eltern bezahlen den Maximaltarif.

Das Budget wurde um 483'000 unterschritten, obwohl der höchste Kostenträger, die Personalstellen, dem Budget entsprechen. Die Gründe liegen bei Mehreinnahmen aufgrund der Auslastung und eine zu hohe Budgetierung beim HPSU-Hort.

Das Budgetieren der Tagesstrukturen war schwierig, da Erfahrungswerte fehlten und der Zuwachs an Anmeldungen schwer einzuschätzen ist.

Insgesamt sind die Tagesstrukturen eine Erfolgsgeschichte und können nun nach dem überzeugenden Ja der Ustermer StimmbürgerInnen erweitert werden.

Q 15 - 19 LG Sonderpädagogische Angebote

2010 war das erste Umsetzungsjahr der Verordnung über Sonderpädagogische Massnahmen. Die vermehrte Integration von Kindern mit speziellem Förderbedarf in die Regelklassen ist für die Lehrpersonen anspruchsvoll, da die Klassen heterogener sind. Die Klassenlehrpersonen werden von IF-LehrerInnen unterstützt. Mit 39% Teamteaching liegt Uster über dem kantonal vorgeschriebenen Mittel von 30%.

Die Kosten in dieser LG wurden mit 1,8 Mio. Fr. massiv überschritten gegenüber dem Budget. Nach Berücksichtigung des Nachtragskredites von Fr. 1'2 Mio. beträgt die Abweichung noch Fr. 572'000.-. Begründet wurden diese Mehrkosten mit dem Einfrieren von kantonalen Beträgen sowie mehr Förderbedarf bei den Kindern.

Die Zahl der IF-Lektionen hat sich fast verdoppelt, was die PSU u.a. mit Rechnungs- und Abgrenzungsproblemen begründet. Die Anzahl der Lektionen entspricht der vom Kanton vorgeschriebenen rund 10 IF-VZE für Uster.

Auch beim DAZ-Unterricht gab es eine markante Zunahme. Innerhalb eines Jahres besuchen zusätzlich 120 Kinder DAZ. Die PSU erklärte die Zunahme mit einem Systemwechsel im Kindergarten und bei der Gruppenbildung. Zudem habe man beim Budgetieren alte Zahlen übernommen und Fr. 270'000 zu wenig budgetiert. DAZ wird nach der Kürzung des Budgets 2011 durch den Gemeinderat zurückgehen. Es können 3 Stellen abgebaut werden.

Die Subkommission fordert in dieser LG dezidiert eine genauere Budgetierung! Zusätzlich werden mehr und aussagekräftige Erklärungen im NPM-Jahresbericht verlangt, wenn grosse Abweichungen zum Budget zu verzeichnen sind (Bsp. DAZ und IF).

64 Ustermer Kinder besuchen eine externe Sonderschulung inklusiv HPSU. Dies entspricht einer Quote von 2,54 % und liegt unter dem kantonalen Durchschnitt.

Die PSU und SSU sind daran, auf das Budget 2012 im Bereich Sonderpädagogik die gleichen Indikatoren und Kennzahlen zu erarbeiten.

Für die Wirkungsprüfung wurden in der Sonderpädagogik 4 Indikatoren und eine Kennzahl untersucht.

Q 19 - 21 LG Heilpädagogische Schule Uster (HPSU)

Im Rechnungsjahr gab es durch einen massiven Anstieg der Anmeldungen eine Erhöhung der Platzzahl von 88 auf 108 Kinder in der HPSU. Von den effektiv 107 Kindern werden 48 integrativ geschult. Das Personal wurde deshalb um 4,3 VZE aufgestockt.

Für ein Ustermer Kind, das separativ an der HPSU unterrichtet wird, hat die HPSU im ein Schulgeld von Fr. 43'200 Fr. verlangt. Die Nettokosten der HPSU belaufen sich praktisch auf Null (vgl. Budget 2010), weil die Bruttokosten der HPSU durch Schulgelder wieder ausgeglichen werden.

Für die integrativen Schulungen, die in der Verantwortung der HPSU liegen, wurde ein Schulgeld von Fr. 36'360 verlangt. Die Schulgelder für integrative Schulungen sind etwas tiefer, weil der Personalaufwand kleiner ist und keine Infrastrukturkosten anfallen.

In dieser LG haben wir 2 Indikatoren und eine Kennzahl untersucht.

Die KBK hat dem NPM-Jahresbericht des GF Primarschule in der Sitzung vom 6. Juni 2011 einstimmig zugestimmt.

Nänikon, 27. Juni 2011

Regula Trüeb

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**

*Sehr geehrte Präsidentin
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Zur Belegprüfung sind folgende Punkte zu erwähnen:

Aus meiner Sicht wurden wie auch im letzten Jahr viele Belege falsch kontiert. Das hat damit zu tun, dass mehr als 20 Personen kontieren - die Schulleiter, die Hauswarte, das Geschäftsfeld Liegenschaften (Schulhäuser) sowie auch mehr als eine Person in der Schulverwaltung. Es gibt zwar einen ausführlichen Kontenplan mit Detailbeschreibungen zu jedem Konto. Nur sind diese Detailbeschreibungen teilweise für den "Schulalltag" nicht immer hilfreich und sollten deshalb dringend angepasst werden. Drei Beispiele:

- Gemäss Kontenplan sind die Aufwendungen für Personalfeste, Personalanlässe usw. ins Konto 3090.99 zu buchen. Das Jahresabschlussfest der Primarschule mit jeweils 250 Personen (geladen wären über 400) müsste also in im Konto 3090.99 zu finden sein. Hier findet man aber nur ein paar Blumensträuße (für die Ehrungen) und die Rechnung für die Getränke. Die Hauptrechnung über ca. Fr. 17'000 vom Restaurant findet man im Konto 3180.99 = übrige Dienstleistungen Dritter, die Miete für die Lautsprecheranlage, die Miete für das Geschirr und die Raummiete trifft man im Konto 3160.99 = übrige Mieten an. Im Nachhinein festzustellen, wie viel man in dieses Personalfest investiert hat, wird so praktisch verunmöglicht.*
- Für Anschaffungen und Unterhalt der IT in den Schulhäusern ist nicht die LG Informatik zuständig. Gemäss Kontenplan darf aber nur die LG Informatik auf diese Konten buchen. Was macht nun die Primarschule, wenn Anschaffungen von Hard- und Software in der laufenden Rechnung verbucht werden sollten? Einen schlechten Eindruck! Entweder es wird trotzdem auf ein solches Konto gebucht, was an sich die sinnvollste Variante ist, aber gegen die Regeln des Kontenplans verstösst. Oder es wird gemäss Handbuch Kontenplan gebucht, dann muss man auf ein „Verlegenheitskonto“ ausweichen.*
- Die PS zahlt für Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen und Schulheimen Schuldgelder. Auf welche Konten sind diese zu buchen? Bei den Detailbeschreibungen kommen nämlich diese Schulgelder, die gesamthaft die Millionengrenzen überschreiten, nicht vor. Aus meiner Sicht wird hier eine Dienstleistung eingekauft, also Kontengruppe 318 = Dienstleistung Dritter. Gebucht werden diese Beiträge aber ins Konto 3610.00 = Beiträge an den Kanton (hier kann*

nur der Kanton Zürich gemeint sein). Bei genauerem Hinsehen wird aber klar, dass keine dieser Schulen und keines dieser Heime dem Kanton Zürich gehört, in der Regel sind das unabhängige Stiftungen ...

Walter Meier

Regula Trüeb

SP-Fraktionsmeinung zum GF Primarschule

Die SP-Fraktion nimmt die Kostensteigerung im GF Primarschule von 1,5 Mio. Fr. in der Sonderpädagogik mit Besorgnis zur Kenntnis. Das sind Entwicklungen, die man im Auge behalten muss. Die SP ist auch unglücklich über die erneut ungenaue Budgetierung der Primarschule und fordert die Behörde auf, hier über die Bücher zu gehen.

Andererseits sehen wir ein, dass es schwierig ist für die Primarschule, im Bereich Sonderpädagogik genau zu budgetieren. Die Gemeinden haben wenig Handlungsspielraum, da die Hauptausgaben Löhne sind. Dazu kommt, dass immer mehr Kosten auf die Gemeinden abgewälzt werden, wie z.B. mit den NVA (neuer Finanzausgleich) und kleineren IV-Beträgen. Die kantonalen Vorgaben werden z.T. kurzfristig beschlossen und müssen subito umgesetzt werden. So zahlt der Kanton z.B. kurzfristig keine Transportkosten mehr in der Sonderpädagogik.

Im Bereich Sonderpädagogik widerspiegeln sich viele gesellschaftliche Entwicklungen, wie z.B. Probleme mit unbetreuten Kindern. Die Sonderpädagogik mit der Integration von Kindern in die Regelklasse ist eine grosse Herausforderung für alle: für die Kinder selber, die Lehrpersonen, die Schulpflege und die Politik. Im grossen Ganzen läuft die Integration in der Primarschule Uster jedoch gut, braucht aber Zeit, Geduld und genügend Ressourcen. Die Sonderpädagogik und die öffentliche Schule allgemein muss für viele gesellschaftliche und soziale Probleme, wie z.B. unbetreute Kinder, die Verantwortung übernehmen und braucht deshalb auch die entsprechende Finanzierung. Das ist Geld, das nirgends mit Einnahmen hereingeholt werden kann. Doch die SP ist überzeugt, dass es sich lohnt, Geld in die Schule und früh in die Sonderpädagogik zu investieren, damit nachher im sozialen Zusammenleben und in der Arbeitswelt keine Probleme entstehen und noch höhere Kosten anfallen. Deshalb finden wir es immer noch kurzsichtig, dass DAZ (Deutsch für Fremdsprachige) von der bürgerlichen Ratsseite fürs 2011 auf ein Minimum gekürzt wurde. Damit wird in der Sonderpädagogik zwar Geld gespart, doch die Probleme werden dafür später anfallen und dann umso mehr kosten.

Mit Genugtuung nimmt die SP die Entwicklung der Tagesstrukturen zur Kenntnis. Die Nachfrage vor allem für die Mittagsbetreuung ist anhaltend gross, die Zufriedenheit der Eltern ist bisher gut. Erfreut sind wir natürlich auch über den klaren Entscheid des Souveräns, dass die Tagesstrukturen ausgebaut werden können. Nun gilt es vor allem auf die Qualität der Betreuung und genügend geeignete und grosse Räumlichkeiten zu finden. Das wird bei der jetzigen Schulraumknappheit in Uster nicht einfach werden. Darum wird die SP auch dieses Thema kritisch im Auge behalten.

Trotz grosser Kostensteigerung und ungenauer Budgetierung in der Sonderpädagogik hat die Primarschule auch im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet. Die SP möchte an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich danken, die sich für das schulische Wohl der Ustermer Kinder engagiert einsetzen.

Nänikon, 27. Juni 2011

für die SP-Fraktion: Regula Trüeb

Abstimmungen:

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 34 : 0 Stimmen**

**Die NPM-Jahresberichte 2010 der Stadt Uster (Antrag Nr. 62/2011) sind
genehmigt.**

**Der Gemeinderat beschliesst
mit 34 : 0 Stimmen**

**Die Jahresrechnung 2010 der Stadt Uster mit laufendener Rechnung,
Investitionsrechnung und Bilanz (Antrag Nr. 59/2011) ist genehmigt.**

5 Antrag des Stadtrates betreffend 24h-Dienst bei der Stadtpolizei Uster-Greifensee Planungsberichts der Abteilung Sicherheit vom 25. Mai 2010 (Antrag Nr. 61/2011)

Der Gemeinderatspräsident führt in das Traktandum ein und erläutert das Vorgehen:

Der Stadtrat beantrage dem Gemeinderat, vom Planungsbericht Kenntnis zu nehmen. Was wir also heute vor uns haben, sei lediglich ein Planungsbericht und noch keine Vorlage. Aufgrund der Diskussion des Gemeinderates werde der Stadtrat entscheiden, ob und in welcher Form er eine eigentliche Vorlage ausarbeiten wird. Denn es handle sich bei diesen allfälligen anfallenden Kosten – wie aus dem Planungsbericht zu ersehen sei – um wiederkehrende Ausgaben in einer Höhe, die in die Kompetenz des Gemeinderates fallen, wobei einzig die Mehrausgaben, nicht aber daraus generierte neue Einnahmen berücksichtigt werden dürfen. Heute gehe es also darum, den Planungsbericht in der Diskussion politisch zu würdigen. Deshalb schlägt Cla Famos dem Gemeinderat vor, dass der Rat diesen Bericht zustimmend oder ablehnend zur Kenntnis nimmt. Dabei möchte er jetzt schon betonen, dass eine allfällige ablehnende Kenntnisnahme nicht etwa heissen würde, dass der Gemeinderat die Planungsarbeit des Stadtrates nicht würdigt, sondern nur, dass er sich den Schlüssen, die der Stadtrat zieht, nicht anschliessen will.

Cla Famos fragt, ob der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden sei. Es gibt keine Einwendungen.

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Bruno Modolo**.

Sehr geehrter Herr Präsident

Werte Kolleginnen und Kollegen

Geschätzte Anwesende

Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit hat den Planungsbericht der Abteilung Sicherheit an den Stadtrat betreffend Personalaufstockung für die Einführung eines 24h-Dienstes bei der Stadtpolizei Uster-Greifensee sorgfältig studiert und hinterfragt. Am 20. September 2010 und am 4. April 2011 fanden Sitzungen zu diesem Thema in der KÖS statt. Beide Male waren neben den Kommissionsmitgliedern, der Stadtrat Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit und Jörg Ganster, Abteilungsleiter Sicherheit anwesend. An der Sitzung vom 4. April 2011 war auch Daniel Stein, Polizeikommandant der Stadt Uster anwesend. Für ihre Anwesenheit und die ausführliche und kompetente Beantwortung der teilweise kritischen Fragen, sei ihnen an dieser Stelle herzlich gedankt.

Der 24-Stunden Betrieb wurde vor sechs Jahren in den Leistungsauftrag aufgenommen. Gestützt auf diesen Leistungsauftrag des Parlaments wurde der vorliegende Planungsbericht erstellt. Der Bericht beginnt mit einer Lagebeurteilung, präsentiert einen Lösungsvorschlag und setzt sich schliesslich mit den personellen, materiellen und finanziellen Konsequenzen auseinander.

Der KÖS wurde aufgezeigt, dass sich das Umfeld, die Anforderungen und die Erwartungen der Bevölkerung an die Polizeiarbeit wesentlich verändert haben. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat die Stadtpolizei bereits reagiert und organisatorische sowie technische Massnahmen getroffen. Der Personalbestand sei und bleibe aber beschränkt und liege deutlich unter dem kantonalen und nationalen Durchschnitt. Als Folge davon könne die Stadtpolizei die polizeiliche Grundversorgung nicht mehr in genügender Weise garantieren, wodurch Sicherheitslücken entstehen, die sich vor allem während der Nacht negativ auf die objektive und subjektive Sicherheit in Uster auswirke.

Die KÖS ist der Meinung, dass man - durch Änderung der Einsatzzeiten - die kritischen Zeiten bereits heute kostengünstig abdecken könne. Man könne beispielsweise tagsüber reduzieren und dafür in der Nacht ausbauen. Hierzu verwies der Stadtrat auf eine repräsentative Umfrage.

Aufgrund dieser Umfrage hat sich herausgestellt, dass ein Grossteil der Bevölkerung von Uster sich am Tag sicher fühlt, nachts oder alleine unterwegs fühlen sich jedoch viele Personen unsicher. Zur Verbesserung der Sicherheit schlägt die Mehrheit der Bevölkerung eine Erhöhung der Polizeipräsenz im Allgemeinen und während der Nacht im Besonderen vor. 86 Prozent der Befragten erachten - gemäss dieser Umfrage - eine permanente Einsatzbereitschaft der Stadtpolizei rund um die Uhr als wichtig.

Die KÖS stellt in Frage, wieso gerade Uster einen 24-Std. Betrieb benötige, da im Kanton Zürich nur gerade die zwei grössten Städte einen solchen 24-Std.-Dienst hätten. Der Stadtrat verwies hier auf vergleichbare Städte, z.B. Olten, Solothurn und Chur, welche bereits heute einen 24-Std.-Betrieb hätten. Auf die Frage, ob die Städte mit 24-Std.-Dienst dann auch sicherer und besser seien, konnte der Stadtrat keine befriedigende Antwort liefern, da es dazu erst seit einem Jahr eine - noch wenig Aussagekräftige - gesamtschweizerische Statistik gebe.

Die KÖS hinterfragte weiter, wieso die Variante "24-Std.-Dienst im Rahmen des kommunalen Polizeiverbundes" ausgeschlossen wurde und die Begründung dazu sehr knapp gehalten wurde? Diese gemeinsame Nutzung der Ressourcen, hätte - gemäss KÖS- ja wesentlich günstiger ausfallen sollen. Uster habe eine Zentrumsfunktion im Zürcher Oberland. Illnau-Effretikon und Volketswil hätten keine Bedürfnisse für einen 24h-Dienst, dies sei unter anderem auch auf die dortige aktuelle subjektive und objektive Sicherheitslage zurück zu führen und der Tatsache, dass die Regio-Patrouille nach Anzahl Einwohner bestellt würden. Mit anderen Worten Uster 40%, Dübendorf 30% und die restlichen Prozent werden auf die kleineren Gemeinden verteilt. Bei Einführung des 24h-Dienstes könne man sich vorstellen, aus dem Regio-Verbund auszutreten, allerdings hätte dies keine Minderkosten zur Folge.

Die Frage der KÖS, wieso man nicht nur einen 24-Std.-Dienst am Wochenende, also von Freitag bis Sonntag, geprüft habe, denn dies hätte ja auch günstiger ausfallen sollen, wurde damit beantwortet, dass es schwierig sei zum Planen, wenn nur das Wochenende über einen 24-Std.-Dienst verfügen würde, da es keine Teilzeitpolizisten gebe. Aufgrund solcher Dienstpläne werde es auch schwierig geeignetes Personal zu finden, welches mit solchen Schichten einverstanden wäre. Es habe sich gezeigt, dass bei ähnlichen Lösungen die Angestellten davonlaufen, weil die Dienstpläne nicht verträglich seien. Ausserdem würde eine solche Lösung zu einer Verlagerung der Kriminalität auf die restlichen Wochentage bewirken.

Es wurde der KÖS weiter aufgezeigt, dass bei den Deliktarten in Uster vor allem eine Zunahme der so genannten Strassenkriminalität zu verzeichnen sei, dass heisst bei Gewaltdelikten sowie bei mutmasslichen Sachbeschädigungen durch Vandalenakte und Sprayereien.

Gemäss dem Stadtrat braucht Uster einen 24h-Dienst, einerseits weil rund 86% der Stadtbevölkerung sich klar einen 24h-Dienst wünschen und andererseits weil die Kriminalitätszahlen in Uster eine steigende Tendenz zeigen und dies obwohl diese im Kanton rückläufig sind. Dies sei vor allem auf drei Punkte zurück zu führen: 1) Aufgrund des raschen Bevölkerungswachstums sei das urbane und gesellschaftliche Umfeld spannungsreicher geworden. 2) Veränderungen in Umfang, Struktur und Intensität der städtischen Kriminalität spielen eine wichtige Rolle und 3) führen die immer vielfältigeren Freizeitangebot und die Liberalisierung im Gastgewerbe sowie ein fast uneingeschränktes Mobilitätsangebot dazu, dass sich das gesellschaftliche Leben immer mehr in die Nacht hinein und auf das Wochenende verschiebe, bzw. wir uns zu einer 24h-Gesellschaft entwickelt hätten.

Es erscheint der KÖS wichtig, dass bei Einführung eines 24-Std-Dienstes, dies gestaffelt statt finden wird und die Situation jährlich analysiert und neu beurteilt werden sollte.

Die insgesamt CHF 1'375'000 und vor allem die wiederkehrenden Mehrkosten von CHF 1'300'000 werden von der KÖS als hoch betrachtet, die Einführung des 24h-Dienstes, mit einer permanenten Einsatzbereitschaft, kurzen Interventionszeiten und sichtbarer Präsenz vom Stadtrat jedoch als notwendig.

Aufgrund dieser Diskussionen nimmt die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit vom Planungsbericht der Abteilung Sicherheit weder zustimmend noch ablehnend zur Kenntnis und beantragt dem Gemeinderat mit 7:1 Stimmen entsprechende Kenntnisnahme.

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit

Bruno Modolo / GR SVP

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Markus Bürki**.

*Sehr geehrter Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Die RPK hat sich am 11. April 2011 zur Besprechung des Antrages Nr. 61 betreffend 24h- Dienst der Stadtpolizei Uster-Greifensee getroffen.

Anwesend waren neben der RPK Mitglieder folgende Personen.

Herr Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit, Herr Jörg Ganster, Abteilungsleiter Sicherheit sowie Herr Daniel Stein, Korpskommandant der Stadtpolizei.

Aus der RPK wurde folgendes gefragt:

Ob es nicht sinnvoll sei den Jugenddienst auszubauen.

Ein 24h Jugenddienst nicht das Ziel sein könne, jedoch geprüft werden müsse, wie hoch die der Anteil des Jugenddienstes in Zukunft sein sollte.

Auch wurde gefragt, wo die 1.3 Mio. hergenommen werden sollen, das entspreche immerhin 2 Steuerprozenten. Es sei den

19 000 Steuerzahlenden in Uster offenbar ein Anliegen etwas für die Sicherheit zu bezahlen. Durch die Leistung gebe es auch Mehreinnahmen.

Der Vorteil einer kommunalen Polizei sei, dass z.B. bei häuslicher Gewalt schneller gehandelt werden könnte. Die Belegschaft von Uster könnte auch mitten in der Nacht ausrücken. Im Moment ist das nicht immer gewährleistet.

Grössere Fälle werden an die KAPO übergeben, der 24h Dienst soll mehrheitlich für die Ustermer da sein.

Ob es überhaupt Sinn mache unter der Woche einen 24h- Dienst anzubieten. Ja, weil auch unter der Woche z.B. am Bahnhof Nänikon Rambazamba herrschen kann. Auch die 6000 Jugendlichen tragen etwas dazu bei.

Die Stimmung im Korps sei grundsätzlich gut und man stehe hinter einem 24h Dienst wobei der Schichtturnus ganz klar sozial angeschaut werden muss.

Auch wird ergänzt, dass rund 50% der Arbeitszeit Büroaktivitäten umfassen, da die Fälle verarbeitet werden müssen.

Auch eine mediale Präsenz ist wichtig, da sich so rumspricht, dass die Polizei wirklich da ist.

In der Stadt Zürich und in Winterthur gebe es bereits den 24h Dienst. So hat die Kriminalität in der Stadt Zürich abgenommen, in Uster ist sie dagegen gestiegen.

Wie es denn mit den Materiellen Konsequenzen aussehe.

Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz sollen auch beim Material Synergien nutzen. Sie werden baulich zusammengelegt.

Die RPK nahm einstimmig vom Antrag Nr. 61 Kenntnis.

Markus Bürki

Stadtrat Hans Streit ergreift das Wort. Der Gemeinderat hat von einigen Jahren verlangt, das Thema Sicherheit zu überprüfen. Der Stadtrat hat daraufhin eine Volksumfrage lanciert, um das Bedürfnis bei der Bevölkerung seriös aufzuzeigen und die Zahlen waren klar: Die Ustermer Bevölkerung befürworteten eine Rund-um-die-Uhr bewerkstelligte Sicherheit. Ohne Polizeipräsenz kann man Ausschreitungen nicht habhaft werden (Verweis auf die Demo im Stadtpark). Er bittet um Zustimmung zu dem Bericht.

Daniel Hunziker

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Wir danken dem Stadtrat bzw. der Stadtpolizei für den ausführlichen Bericht. Der Antrag besteht ja auf Kenntnisnahme, selbstverständlich nehmen wir Kenntnis vom Planungsbericht, jedoch befürworten wir den Antrag als solches nicht. Auf Seite drei heisst es denn auch, dass Aufgrund des Antrages 13 neue Stellen nötig seien. Nur Aufgrund eines Berichtes braucht es keine neuen Stellen.

Nun aber zum Inhalt. Wie auch der Antrag zu den Überwachungskameras soll auch dieser Antrag die Sicherheit in der Stadt Uster erhöhen. Zur Erhöhung der Sicherheit kann eigentlich niemand etwas dagegen haben, doch müssen alle Massnahmen in einem gesunden Verhältnis sein.

Zum Beispiel können Eltern ihre Kinder auch nicht 24 Stunden permanent überwachen. Es braucht ein Abwegen, wann es wichtig ist und wann weniger. Wenn das Kind während der Nacht in seinem Bett schläft, kann die Überwachung generell ausgesetzt werden und man kann sich in sein eigenes Zimmer zurückziehen. Wenn das Kind auf der Parkbank schläft weniger.

Umgesetzt auf die Polizei. Wenn an einem Montagabend 98 Prozent der Bevölkerung zu Hause am Schlafen ist, muss unserer Ansicht nach die eigene Stadtpolizei nicht unterwegs sein, da reicht es wenn die Kantonspolizei auf Abruf in der Region (so zu sagen im Nebenzimmer) erreichbar ist. Wenn am Wochenende Leute Betrunkene auf der Parkbank liegen sieht es jedoch anders aus.

Die Tabelle auf Seite 12 des Antrages zeigt auf, dass Uster im Vergleich zu anderen Städten die kleinste Polizeidichte hat. Der Stadtrat interpretiert diese Tabelle so, dass Uster am schlechtesten dasteht. Man kann es jedoch auch anders anschauen. Ich lebe gerne in einer Stadt, in welcher nicht so viel Polizei nötig ist. Wir finden es sollte keine Auszeichnung sein eine grosse Polizeidichte zu haben. Zudem sind die anderen Städte, abgesehen von Dübendorf, regionale Zentren in welchen Abends mehr Leute unterwegs sind.

Im Weiteren erachten es Dübendorf, Illnau-Effretikon und Volketswil nicht für nötig einen eigenen 24stundendienst einzuführen.

Einen Moderaten Ausbau der Stadtpolizei erachten wir jedoch als sinnvoll. Dies auch aufgrund der im Antrag zu den Überwachungskameras erwähnten neuen Aufgabe wie der Bike-Patrouillen und den Jugendpolizisten. Zudem müssen wir auch das neue Ausgangsverhalten berücksichtigen. Heute haben wir am Wochenende tatsächlich eine 24stunden Gesellschaft. Darauf hat die SBB bereits vor einigen Jahren reagiert und am Freitag und Samstag fahren die Züge die ganze Nacht. In den Nächten von Sonntag bis Donnerstag jedoch nicht. Analog sehen wir den Bedarf eines 24stunden Dienstes unserer Stadtpolizei am Wochenende gegeben, jedoch nicht unter der Woche.

Aus all diesen Gründen wird die glp/EVP Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen.

Daniel Hunziker

Gemeinderat

Ivo Koller

*Sehr geehrter Herr Präsident,
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Geschätzte Anwesende*

Der vorliegende Planungsbericht versucht etwas Anderes zu sagen, doch unsere Fraktion fühlt sich gesamthaft sicher in Uster! Die Stadtpolizei macht aus meiner Sicht einen guten Job, von der schlechten Stimmung von früher ist nichts mehr zu hören, positive Nachrichten machen meist die Runde. Die Polizei ist in der Öffentlichkeit präsent, wir nehmen sie wahr, in präventiver wie repressiver Hinsicht. Dass Uster vereinzelt Brennpunkte hat, ist bekannt, doch welche Stadt ähnlicher Grösse hat die nicht?

Im Planungsbericht werden uns in einer Statistik fette, rote Zahlen vorgelegt, welche uns betreffend der objektiven Sicherheit weismachen wollen, dass es nicht gut bestellt ist um die Sicherheit in Uster. Würde man die Zahlen mit der Kriminalitätsstatistik 2009 ergänzen, so würde man feststellen, dass z.B. die Zahl, welche die Fälle des gesamten Strafgesetzbuches betrifft, rückläufig ist und genau auf den Stand von 2006 zurückgeht. Und dies notabene trotz des Bevölkerungswachstums der letzten Jahre. So sehe ich die Statistik ganz nach dem Motto, „Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast“.

Der Bericht vergleicht uns mit Luzern, Aarau, Chur, etc. Wir sind die 19. grösste Stadt der Schweiz, das ist richtig. Doch stehen wir auf derselben Stufe mit diesen Kantonshauptstädten? Ich glaube nicht! Aufgrund dessen ist auch der Vergleich der Polizeidichte äusserst abwegig. Denn die wirklichen Zentrumslasten übernehmen in unserem Kanton Zürich und Winterthur. Uster kann sich als Bezirkshauptort diese Zentrumslasten, wenn man überhaupt von solchen sprechen kann, mit den umliegenden Städten wie Dübendorf, Wetzikon oder Illnau-Effretikon teilen.

Die gesellschaftlichen Veränderungen betreffen auch die Polizei. So sind die Einsatzzeiten aus unserer Sicht veraltet. Wir würden uns unter der Woche wünschen, wenn die städtische Polizei (nicht die Regionalpatrouille) von Montag bis Donnerstag bis Mitternacht unterwegs wäre. Der Bedarf nach mehr Polizeipräsenz werktags in der Nacht ist aus unserer Sicht schlichtweg nicht ausgewiesen. Für Ereignisse in dieser Zeit reicht das Angebot der Kantonspolizei aus. Gleichzeitig muss überlegt werden, ob ein Dienstbeginn um 06.00 Uhr überhaupt Sinn macht. Am Freitag und Samstag wäre ein 24h-Dienst tatsächlich wünschenswert. Es stellt sich die Frage, mit wie viel mehr Polizisten dieses Wunschkonzert, also „dä 5er und s Weggli“ zu haben ist.

Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass „die die Arbeitszeiten betreffende Schraube“ nicht endlos angezogen werden kann. Der Sozialverträglichkeit ist daher bei möglichen Arbeitszeitveränderungen eine hohe Priorität einzuräumen. Die Stadt soll für Polizisten weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleiben.

Ein Ausbau auf den 7 x 24h Dienst würde massive Mehrausgaben zur Folge haben. Wir bezweifeln, dass der Steuerzahler gewillt ist, 1.3 Mio. jährlich nur für die Polizei mehr zu bezahlen. Weiter sind durch die Personalaufstockung 520'000.- als Mehrertrag/Aufwandreduktion ausgewiesen. Tönt zwar nett, doch in Tat und Wahrheit sind das Mehreinnahmen durch Bussen und dergleichen. Denn mehr Polizisten gleich mehr Bussen!

Um die sichere Wohnstadt am Wasser mit der hohen Lebensqualität zu bleiben, muss die Polizei ihre Arbeitszeiten den veränderten Lebensgewohnheiten ein Stück weit anpassen. Deshalb ist gegen eine angemessenen Stellenerhöhung nichts einzuwenden. Dies bedingt jedoch aus unserer Sicht nicht, dass ein 7 x 24h-Dienst eingeführt werden muss.

Besten Dank.

Ivo Koller, Gemeinderat jungfreisinnige

Marius Weder

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende

Vorweg möchte ich die Gelegenheit, wenn hier im Rat die Rede auf die Stadtpolizei kommt, nutzen, dem Leiter der Abteilung Sicherheit, Jörg Ganster, und dem Kommandanten der Stadtpolizei, Daniel Stein, ein grosses Lob dafür auszusprechen, was sie in den letzten beiden Jahren organisatorisch in und um die Stadtpolizei Uster-Greifensee geleistet haben. Zur Erinnerung: Nach dem Ausscheiden des früheren Kommandanten präsentierte sich die Stadtpolizei von ihrer Gesamtlage her geradezu als Stall des Augias, den es auszumisten galt. Es gab Personalwechsel im Korps, die rund die Hälfte der Polizisten betrafen, so dass im Jahresdurchschnitt mehrere Stellen unbesetzt bleiben mussten und die Überzeitsaldi der verbleibenden Polizistinnen und Polizisten horrend anstiegen. Betrachtet man dagegen die Situation, wie sie sich uns heute präsentiert, so kann diese als sehr erfreulich bezeichnet werden. Die Personalmutationen sind heute klein, die Zufriedenheit des Personals ist, wie man hört, gut und man schaut frohen Mutes in die Zukunft.

Klar ist, dass nun auch neue Ideen eingebracht und Reformen angepackt werden; der im heute zu besprechenden Planungsbericht behandelte 24h-Dienst ist eine unter vielen davon. Betrachtet man nun die gesicherten Fakten, die dem Bericht zugrunde liegen, so zeigt sich, dass dieser, soweit es um das Bedürfnis nach einer deutlichen personellen Aufstockung der Stadtpolizei geht, weitestgehend auf der Umfrage betreffend das subjektiv empfundene Sicherheitsgefühl in der Ustermer Bevölkerung basiert. Sicher weist Uster als Regionalzentrum mehr polizeilich relevante Vorgänge auf als reine Schlafgemeinden. Absolut zwingende objektive Gründe für die Notwendigkeit einer solchen Aufstockung sind aber keine ersichtlich. Zwar hat eine in diesem Bericht noch nicht berücksichtigte, vor wenigen Wochen veröffentlichte Statistik ergeben, dass die Kriminalität in der Region Oberland bei den Einbrüchen im Gegensatz zum übrigen Kantonsgebiet im letzten Jahr leicht zu- statt abgenommen hat. Zu beachten ist aber, dass die Stadtpolizei diesbezüglich nur - aber immerhin - präventive, abschreckende Wirkung hat und die Hauptaufgaben im Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung und -ermittlung so oder so weiterhin bei der Kantonspolizei liegen. Und fragt man Funktionäre der Kantonspolizei danach, wie sie die Sicherheitslage in Uster im Vergleich mit anderen Orten sehen würden, so bezeichnen sie Uster trotz dessen Zentrums Lage als relativ ruhiges Pflaster, das ihnen selten Anlass zur Sorge bereitet.

Betrachtet man den im Bericht aufgeführten Vergleich von Uster mit anderen Schweizer Kleinstädten bezüglich der Anzahl Polizeibeamte pro Einwohner, so zeigt dieser zwar für Uster einen sehr tiefen Quotienten an. Die Frage stellt sich aber schon, ob ein Vergleich mit diesen Städten, die oft deutlich weiter von einer Grossstadt entfernt liegen und noch viel mehr Zentrumsfunktion haben als Uster, 1 zu 1 gemacht werden kann. So ist insbesondere zu erwähnen, dass die wohl am ehesten mit Uster vergleichbaren, in der Agglomeration Zürich gelegenen Nachbarstädte Dübendorf und Wetzikon, die zwar um je einige Tausend Einwohner kleiner als Uster sind, von denen aber zumindest Wetzikon ebenso wie Uster die Funktion eines Regionalzentrums zukommt, für die nähere und mittlere Zukunft keine Notwendigkeit eines 24h-Dienstes ihrer Stadtpolizeikorps sehen. Auch aus dem Vergleich mit anderen Städten der Grössenordnung von Uster kann somit nicht auf eine zwingende Notwendigkeit einer solchen Aufstockung der Stadtpolizei geschlossen werden.

Zusammenfassend kann man meines Erachtens also die Einführung eines 24h-Dienstes der Stadtpolizei Uster-Greifensee aufgrund des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung sicher

als wünschenswert und sinnvoll sehen, absolut zwingend notwendig ist ein solcher Dienst aber keineswegs. Und an diesem Punkt kommt dann halt einmal mehr das leidige Thema der Finanzen zur Sprache. Wir müssen uns klar bewusst sein, was dies kostet: Eine Aufstockung des Personals der Stadtpolizei im dafür notwendigen Rahmen bringt uns diesbezüglich relevante jährlich wiederkehrende Brutto-Kosten von gut 1.8 Millionen Franken, was immerhin gut 2 Steuerprozent in Budget und Jahresrechnung ausmachen wird. Ob wir uns als Stadt Uster dies leisten wollen, werden wir in sorgfältiger Abwägung mit anderen sinnvollen und/oder notwendigen Ausgaben der Stadt entscheiden müssen.

Dazu ist zu bemerken, dass wir heute ja nicht ein definitives Votum für oder gegen die Einführung eines 24h-Dienstes der Stadtpolizei zu fällen, sondern lediglich über die Kenntnisnahme des Berichts zu befinden haben, also gewissermassen als Rat den Bericht formell entgegen zu nehmen haben. Wünschenswert wäre unseres Erachtens ja eigentlich schon ein separater Antrag dazu mit der Frage, "wollt ihr einen 24h-Dienst der Stadtpolizei Uster-Greifensee mit jährlich wiederkehrenden Brutto-Kosten von 1.8 Millionen Franken einführen?" Mangels eines solchen konkreten Antrags werden die entscheidenden Fragen halt bei der nächsten Budget-Debatte zu beantworten sein, wenn es um die erste geplante Tranche an Stellenaufstockungen gehen wird. Wie erwähnt wird dieser in Aussicht gestellte Antrag sorgfältig gegen andere Kosten verursachende Anträge abzuwägen sein.

Da die formelle Ablehnung der Kenntnisnahme eines Berichts, zu dem man sich als Fraktion ja eingehend äussert, per se eine paradoxe Handlung darstellen würde, werden wir als Mitglieder SP-Fraktion der Kenntnisnahme zum Bericht zustimmen oder uns der Stimme enthalten. Daraus darf aber in keiner Weise der falsche Schluss gezogen werden, dass auch mit einer Zustimmung unsererseits zur - von der heutigen Faktenlage ausgehend - doch eher als Luxusmassnahme erscheinenden konkreten Einführung eines 24h-Dienstes zu rechnen sein wird. Die Stimmung dazu ist bei uns, falls nicht seitens des Stadtrats bzw. der Abteilung Sicherheit noch absolut überzeugende Gründe für die zwingende Notwendigkeit dafür vorgebracht werden, doch als sehr skeptisch zu bezeichnen.



Marius Weder

Bruno Modolo

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende

Der 24-Stunden Betrieb wurde vor sechs Jahren in den Leistungsauftrag aufgenommen. Gestützt auf diesen Leistungsauftrag des Parlaments wurde der vorliegende Planungsbericht erstellt. Der Bericht ist sauber strukturiert, beginnt mit einer Lagebeurteilung, präsentiert einen Lösungsvorschlag und setzt sich schliesslich mit den personellen, materiellen und finanziellen Konsequenzen auseinander.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass

- 1) momentan spürbare Lücken in der polizeilichen Grundversorgung vorhanden sind.*
- 2) sich die objektive Sicherheit in Uster im relativen Vergleich zum Kanton Zürich und den umliegenden Gemeinden stark verschlechtert hat.*
- 3) rund 90% der Befragten Einwohner eine permanente Einsatzbereitschaft der Stadtpolizei rund um die Uhr als wichtig betrachten.*

4) die Polizeidichte in der Stadt Uster im nationalen und regionalen Vergleich unterdurchschnittlich tief ist.

Wir von der SVP/EDU-Fraktion bedauern, dass die Kriminalität in Uster in den vergangenen Jahren zugenommen hat und wollen eine noch sicherere Stadt. Wir gehen davon aus, dass sich nach der gestaffelten Einführung eines allfälligen 24-Stunden-Dienst, gerade dieser negative Trend der Kriminalitätsentwicklung in umgekehrter Richtung fortsetzen wird und sich die Kriminaldelikte in Uster relevant verringern werden.

Wir betrachten die anfallenden Mehrkosten für die die Einführung des 24h-Dienstes von CHF 1'375'000 und vor allem die wiederkehrenden Mehrkosten von CHF 1'300'000 als hoch, die gestaffelte Einführung des 24h-Dienstes mit einer permanenten Einsatzbereitschaft, kurzen Interventionszeiten und sichtbarer Präsenz jedoch als notwendig und nehmen deshalb den vorliegenden Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Bruno Modolo

Gemeinderat SVP

Ruedi Gysi

Jeder Bürger hat Anrecht auf Sicherheit. Er sollte sich auch während der Nacht ungehindert bewegen können. Wenn ich aber immer wieder hören muss, dass viele Bürger diese angebliche Sicherheit vermissen. Man meidet in der Nacht die Umgebung des Bahnhofes und des Stadtparks. Wer mit einem Zug spät nach Uster kommt benützt ein Taxi da er sich auf der Strasse unsicher fühlt.

Ich denke, dass der 24-Std. Betrieb der Stadtpolizei wesentlich zur Sicherheit in Uster beitragen könnte. Als Parlamentarier, die vom Bürger gewählt sind, haben wir auch eine Verpflichtung dem Bürger gegenüber und diese Verpflichtung ist auch für Sicherheit zu sorgen.

Ich kann nicht verstehen, dass die FDP sich nicht hinter den 24-Std. Betrieb stellt, aber an der letzten Gemeinderatssitzung beim Bahnhof Kameras verlangte um mehr Sicherheit bieten zu können.

Wir verlangen doch überall Sicherheit warum soll diese nicht mit einer Polizei, die rund um die Uhr im Einsatz steht, gewährleistet sein.

Ich stehe zu einem 24 Std. Betrieb und bitte sie das auch zu tun.

Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Seit die Grünen im Gemeinderat vertreten sind, unterstützen sie das im NPM-Leistungsauftrag festgeschriebene Ziel, dass die Stadt Uster einen 24h-Polizeidienst einrichten soll. Und es gab diesbezüglich Momente, da hielten nur die Grünen dem Stadtrat die Stange.

Die Grünen begrüssen den ambitionierten Zeitplan, der die Einführung des 24 h-Dienstes bis 2014 zum Ziel hat. Der Ausbau der Polizeipräsenz ist dringend. Während im vergangenen Jahr die Kriminalität im Kanton Zürich um gut 7% zurückging und auf dem tiefsten Stand seit 10 Jahren lag, nahm sie in Uster um rund 2% zu.

Man darf die Augen nicht verschliessen. Uster wird zunehmend städtischer und ist unter den 20 grössten Städten der Schweiz zu finden – damit einhergehen erwünschte, aber leider auch unerwünschte Folgen. Deshalb ist es nichts als logisch, dass Uster auch im Bereich Sicherheit mit der Entwicklung Schritt halten muss.

Die in Aussicht gestellten Kosten sind gut investiertes Geld. Der Ausbau der Stadtpolizei orientiert sich an den Notwendigkeiten und nicht am Wünschbaren, er erfolgt mit Augenmass. Das vorgelegte Einsatzkonzept ist professionell ausgearbeitet und überzeugt vollumfänglich.

Die Finanzierung der Stadtpolizei darf aber nicht zu Lasten anderer Budgetposten erfolgen. Allen in diesem Zusammenhang geäusserten Sparvorlagen werden die Grünen eine Absage erteilen. Vielmehr sollte uns allen die Sicherheit zwei zusätzliche Steuerprozent Wert sein.

Die Grünen nehmen den Planungsbericht der Abteilung Sicherheit zustimmend zur Kenntnis.

Thomas Wüthrich

Gemeinderat, Grüne Fraktion

Ivo Koller ergreift nochmals das Wort. Bei der Befragung der Bevölkerung wurden nie die effektiven Kosten aufgezeigt. Zu Ruedi Gysi führt er aus, dass es eine andere Zeit war, als er ihm (als Polizist) Verkehrsunterricht erteilt hat. Uster ist ein relativ ruhiges Pflaster, es gibt die Kantonspolizei, die für Sicherheit sorgt in der Nacht. Die Überwachungskameras kosten je Fr. 30'000, 10 Kameras kommen zum Einsatz, das ist eine erhebliche finanzielle Differenz.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 16 : 12 Stimmen (bei 7 Enthaltungen)

- 1. Der Gemeinderat nimmt (zustimmend) Kenntnis vom Planungsbericht der Abteilung Sicherheit betreffend 24h-Dienst bei der Stadtpolizei Uster-Greifensee.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Antrag des Stadtrates betreffend Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP) (Antrag Nr. 58/2011)

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Markus Wanner**.

Guten Tag geschätzte Anwesende

Die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit hat an ihren Sitzungen vom 4. April und 16. Mai 2011 das Geschäft Nr. 58 „Antrag des Stadtrates betreffend Erlass einer Verordnung über das Gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VGP)“ behandelt. Anwesend waren Stadtrat Hans Streiff und der Leiter Abteilung Sicherheit, Jürg Ganster, welche die vielen Fragen der KÖS beantworteten. Ich versuche in meinem Referat, den Antrag des Stadtrates zusammenzufassen und mit den Fragen und Antworten der Kommission zu ergänzen.

Der Stadtrat passt die Gebühren alle 10 Jahre an. Betreffend Gebühren wurde im 2010 eine Anfrage eingereicht, im 2009 dazu eine Leistungsmotion.

Was sind die wichtigsten Punkte des Antrages

- *Das beschränkte Parkplatzangebot an zentralen Lagen erfordert eine wirtschaftliche Nutzung. Im Rahmen des verkehrspolitischen Gesamtkonzepts des Stadtrates sowie in der Umsetzung der Leistungsmotion 577 betreffend Parkraumbewirtschaftung soll deshalb die Parkplatzbewirtschaftung bedarfsgerecht ausgebaut werden.*
- *Bis anhin werden für die Benutzung gebührenpflichtiger Parkplätze auf öffentlichem Grund nur Kontrollgebühren erhoben. In Zukunft soll im Zentrum bei einer mehr als 1 stündiger Parkplatzbelegung eine Benützungsgebühr von maximal CHF 1.- pro Stunde erhoben werden.*
- *Als Ausgleich sowie zur Erhaltung der Attraktivität des eigenen Wirtschaftsstandorts soll auf denjenigen Parkplätzen, auf denen künftig eine Benützungsgebühr erhoben wird (also im Zentrum), während 30 Minuten auf die Kontrollgebühr verzichtet werden.*
- *Das gebührenpflichtige Parkieren wird neu in einer einheitlichen Verordnung geregelt, welche auch das nächtliche Dauerparkieren sowie die Abgabe von Dauerparkkarten beinhaltet. Der Stadtrat wird die Gebühren in einem stadträtlichen Gebührenreglement festlegen.*

Wie setzt sich die Parkgebühr zusammen, und welche Höhe ist geplant. Man unterscheidet zwischen einer Kontrollgebühr und einer Benützungsgebühr.

Übersicht über die Kontroll- und Benützungsgebühren (Folie)

Kontrollgebühr

Die Kontrollgebühr ist eine Verwaltungsgebühr, die den Aufwand für die Herrichtung der Parkfelder (Markierung, Signalisation), für die Wartung der Parkuhren und für die Kontrolle der Einhaltung der Parkvorschriften decken soll.

Die Kontrollgebühr beträgt CHF 1.- pro Stunde, wobei die Kontrollgebühr bei weniger als 60 Minuten entsprechend reduziert wird.

Ausnahme: In der Parkierungszone II (Zentrum) wird für das kurzfristige Parkieren von weniger als 30 Minuten keine Kontrollgebühr erhoben.

Benützungsgebühr

Die Benützungsgebühr wird für den gesteigerten Gemeingebrauch im Zentrum erhoben und trägt zur Deckung der anfallenden Kosten im kommunalen Strassenverkehr bei. Im Antrag heisst es: „Das knappe Gut Parkplatz soll mithin denjenigen Automobilisten/innen zukommen, die es

tatsächlich benötigen und demgemäss auch bereit sind, einen angemessenen Preis dafür zu bezahlen“.

Die Benützungsgebühr beträgt maximal CHF 1.- pro Stunde. Der Stadtrat beabsichtigt, den tariflichen Handlungsspielraum zur Zeit noch nicht auszuschöpfen, sondern die Benützungsgebühr für die im Zentrum gelegenen Parkfelder auf CHF -.50 pro Stunde festzulegen, und bei Parkfeldern ausserhalb des Zentrums auf eine Benützungsgebühr einstweilen zu verzichten. Details dazu legt der Stadtrat erst im Gebührenreglement fest.

Zur Nachtparkgebühr

Die geltende Nachtparkverordnung von 1997 wird mit ein paar wenigen formellen und materiellen Anpassungen in die Parkierungsverordnung übernommen. Die Gebühren werden denjenigen der umliegenden Gemeinden angeglichen, davon betroffen sind 535 Nachtparkparkierende. Sie zahlen neu voraussichtlich monatlich CHF 40.- pro Personenwagen

Dauerparkkarten, Tagesbewilligungen

Es werden heute schon in bestimmten Fällen Dauerparkkarten abgegeben, häufig jedoch ohne genügende Rechtsgrundlage. Mit dieser Verordnung wird eine rechtliche Grundlage erschaffen.

Personen, welche von der Parkierungsverordnung übermässig stark tangiert sind, wird mit einer pragmatischen Lösung entgegen gekommen. Es gibt 5 Kategorien von Parkkarten bzw. Bezugsberechtigten:

- Anwohnerinnen und Anwohner
- Andere gleichermassen Betroffene, u.a. Invalide, Schichtarbeitende
- Handwerker und Serviceleute
- Übriger Personenkreis, für bestimmte Zonen oder Personen, u.a. für Fischer am See, für Trainerinnen und Trainer bei Sportanlagen
- Tagesbewilligungen

Es sind nur persönliche Parkkarten (Kontrollschild) vorgesehen. Die heutige Praxis, dass z.B. bei handwerklichen Betrieben eine Parkkaste auf 2 Kontrollschilder ausgestellt werden kann, soll beibehalten werden.

Der Antrag ist in der KÖS intensiv diskutiert worden, vor allem die 2 folgenden Bereiche:

- Im Zentrum ist das Parkieren neu bis 30 Minuten (zurzeit 15 Minuten) gratis, dies aus Rücksicht auf das Ustermer Gewerbe und deren Kundschaft mit dem Wunsch, gratis noch etwas schnell einzukaufen. Diskutiert wurde, ob die 30 Gratisminuten den Suchverkehr nicht eher erhöht anstatt reduziert und somit nicht der Zielsetzung entspräche. Stadtrat Hans Streit erklärte dazu, dass auch nach 30 Minuten kein anderer Parkplatz frei sei, da generell zu wenige Parkplätze vorhanden seien. Auch heute mit 15 Minuten Gratisparkieren sei der Suchverkehr nicht üblich, die Automobilisten seien bereit, nach 15 Minuten zu bezahlen. Bei Parkplätzen ausserhalb des Zentrums gibt es nur wenige Kurzparkierer, daher gilt die Regelung der 30 Minuten Gratisparkieren nur im Zentrum.
- Parkplatz Buchholz. Müssen in Zukunft Trainerinnen und Trainer, welche ehrenamtlich tätig sind, Parkplatzgebühren bezahlen?
Gemäss Art. 27 ist bei Sportvereinen geplant, dass Trainerinnen und Trainer während ihrer Trainingstätigkeit eine beschränkt Zahl persönliche, kostenlose Parkkarten beziehen können. Eine genaue Zahl zu schätzen ist schwierig, man rechne mit rund 4 Karten pro Verein bei 60 Vereinen, das wären dann 240 Karten. Die Vereinskarten werden in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Bildung ausgegeben, damit der Aspekt der Freiwilligenarbeit, der Jugendarbeit usw. auch genügend berücksichtigt werde. Details dazu sind aber nicht in der Verordnung aufgeführt, sondern werden erst im Gebührenreglement festgelegt.

Die KÖS hat über 2 Änderungsanträge abgestimmt.

Der 1. Antrag lautete:

„Bei den Parkplätzen Schützenhaus und Hallenbad sollen die ersten 3 Stunden gebührenfrei sein, danach wird CHF 1.- pro Stunde Gebühr erhoben. Weiter sollen folgenden Vereinen: Taucher, Fischer, Ruderer, Segler und Surfer, für CHF 300.- eine Jahreskarte für den Seeparkplatz angeboten werden. Die Karten sind unpersönlich, aber innerhalb des Vereins austauschbar.“

Aufgrund dieses Antrages entstand eine rege Diskussion über persönliche und unpersönliche Parkkarten. Nach der neuen Verordnung sind nur persönliche Parkkarten möglich. Der Abteilungsleiter Sicherheit ergänzte, dass sie bewusst von der unpersönlichen Parkkarte Abstand genommen hätte, da der Kontrollaufwand sehr gross, resp. fast nicht mehr machbar wäre (Vereine müssten genaue Benutzerlisten etc. abliefern). In der Kommission wurde dazu erwähnt, dass dieser Antrag eine Ungleichbehandlung der Sportlerinnen und Sportler enthalte. Der Abteilungsleiter Sicherheit erwähnte, dass die Vereinskarten unter dem Aspekt der Freiwilligenarbeit und der Jugendarbeit gratis abgegeben werden können, aber nur an Trainerinnen und Trainer und nicht an Vereinsmitglieder. Gemäss Art. 27 der VO können Vereine für ihre ehrenamtliche Funktionäre und Trainer Gratis-Parkkarten beantragen.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit lehnte den Antrag mit 3:5 Stimmen ab.

Der 2. Antrag lautete:

„Art. 3, Absatz 3 soll heissen: „In den Parkierungszonen II gemäss Art. 6 wird für das kurzfristige Parkieren von weniger als **15 Minuten** keine Kontrollgebühr erhoben.“

Mit diesem Antrag soll es gleich wie heute 15 Minuten möglich sein, im Zentrum gratis zu parkieren.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit lehnte den Antrag mit 3:5 Stimmen ab.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit beschloss anschliessend einstimmig dem Gemeinderat zu beantragen, die „Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund“ zu genehmigen.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Strucken**.

Die RPK hat das Geschäft in Anwesenheit von Stadtrat Hans Streit und Abteilungsleiter Sicherheit, Jürg Ganster in seinen Sitzungen vom 11.4. und 23.5. behandelt.

Die RPK hat sich zuerst aus der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit orientieren lassen. In der ersten Sitzung konnten vor allem Verständnisfragen geklärt werden. In der zweiten Sitzung gab es weniger Fragen, dafür wurden verschiedene Anträge gestellt.

Zum einen wurde der gleiche Antrag wie in der KÖS gestellt, nämlich:

„Bei den Parkplätzen Schützenhaus und Hallenbad sollen die ersten drei Stunden gebührenfrei sein, danach wird CHF 1.- pro Stunde Gebühr erhoben. Weiter sollen folgenden Vereinen: Taucher, Fischer, Ruderer, Segler und Surfer für CHF 300.- eine Jahreskarte für den Seeparkplatz angeboten werden. Die Karten sind unpersönlich, aber innerhalb des Vereins austauschbar.“

Dieser Antrag wurde mit 2 : 6 Stimmen abgelehnt.

Es wurde im Weiteren gefragt, warum die Verordnung keine Zeitvorgaben enthält, ob dies nicht nötig wäre auch aus übergeordnetem Recht?

Es wurde uns erklärt, dass es in der Kompetenz des Stadtrates liegt, die jeweiligen Zeiten der Gebührenpflicht an den einzelnen Orten festzulegen und bei Bedarf wieder anzupassen. Eine übergeordnete Pflicht, dies schon in der Verordnung festzulegen gebe es nicht.

Es wurde gefragt, wie weit die Kontrollgebühren kostendeckend seien. Die Kontrollgebühren dürfen nicht höher sein, als der effektive Aufwand. Die Einnahmen aus den Kontrollgebühren sind nicht ganz kostendeckend.

Bei den Benützungsgebühren werden klar Einnahmen erzielt, was auch gesetzlich in Ordnung ist.

Folgende Anträge wurden noch gestellt:

Zu Art. 3 Kurzfristiges Parkieren

Abs. 3 In der Parkierungszone II gemäss Art. 6 wird für das kurzfristige Parkieren von weniger als 15 (statt 30) Minuten keine Kontrollgebühr erhoben.

Stadtrat Hans Streit verteidigt die vorgeschlagene Regelung der 30 Minuten Gratisparkzeit als ein Entgegenkommen an das lokale Gewerbe.

Der Antrag wird mit 2 : 6 Stimmen abgelehnt.

Im Weiteren wird der Antrag gestellt für eine Änderung von Art. 4, Abs. 3: " Die Benützungsgebühr wird vom Stadtrat festgesetzt. Sie beträgt höchstens Fr. 2.- (statt Fr. 1.-) für jeweils 60 Minuten." mit der Begründung, dass man so später das Reglement nicht wieder ändern müsste.

Dieser Antrag wurde mit 3 : 5 abgelehnt.

Mit der Begründung, dass im Zentrum das Parkieren eigentlich zu billig sei wurde zum gleichen Artikel noch der Zusatz beantragt:

..In der Parkzone II wird die maximale Benützungsgebühr erhoben.

Dieser Antrag wird mit 2 : 6 Stimmen abgelehnt.

*Die RPK beschliesst mit 7 : 1 Stimme dem Gemeinderat die Annahme des Antrages zu empfehlen.
W. Strucken/26.5.2011*

Stadtrat Hans Streit führt aus, dass es an der Zeit ist, die Tarife der Teuerung anzupassen. Der Stadtrat hat lange damit zugewartet. Der politische Vorstoss zur Erweiterung der Gebühren von Benno Scherrer hat dann die Erweiterung der Gebühren verlangt und der Stadtrat hat die Pendeuz in Angriff genommen. Man hat bei allen Nachbargemeinden nachgefragt und alle haben die gleiche Gebühr rund um den See. Die Ansätze sind nicht überrissen für Uster. Er ersucht um entsprechende Zustimmung seitens des Gemeinderates.

Hans Keel

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Die SVP/EDU Fraktion erachtet die Bewirtschaftung der Verkehrs- und Parkflächen in der Stadt Uster als erforderlich. Die Notwendigkeit eines entsprechenden Regelwerkes ist deshalb unbestritten.

Störend an dieser Verordnung ist der Umstand, dass für alle allgemein zugänglichen städtischen Parkplätze, praktisch die gleiche Gebühr zur Anwendung gelangt.

Die „vorgesehene Gebührengestaltung“ sieht Parkgebühren für 2 Stunde, von Fr 2.50 im Zentrum und z.B. beim Hallenbad Fr. 2.00 vor.

Gemäss der Verordnung aber, betragen die Parkgebühren (Kontroll- und Benützungsgebühr) für 2 Stunden Fr. 3.00. Dementsprechend ist keine „echte Differenzierung“ zwischen Parkplätzen im Zentrum oder peripheren Lagen vorgesehen.

Konkret erachten wir die vorgesehene Gebühr für die Parkplätze bei den Sport- und Freizeitanlagen als zu hoch. Für die Sportvereine und Benützer des Hallenbades sowie der Schiessanlagen muss eine vertretbare Lösung gefunden werden.

Die Gebühr der Parkkarte für Handwerker ist mit Fr. 400.00, obwohl sie für das ganze Stadtgebiet Gültigkeit hat, überrissen. Der Bürger wird schlussendlich für die Gebühr wieder bezahlen müssen.

Diese Tatsachen werden nach unserer Einschätzung bei den Mitbürgern auf Unverständnis stossen. Die Bevölkerung von Uster wird nur eine moderate Verordnung bzw Parkgebühr akzeptieren.

Die SVP/EDU Fraktion stellt deshalb folgende Anträge:

1. Zu Art. 3 u. 4: Kurz- und Langfristiges Parkieren

Die Parkgebühren in den peripheren Lagen (Parkierungszone I, ausserhalb des Zentrums) werden auf Fr. 0.50 pro Stunde reduziert. (Analog der heutigen Parkgebühr bei der Berufsschule.)

2. Zu Art. 3 u. 4: Kurz- und Langfristiges Parkieren

Auf den Parkplätzen rund um die Sportanlage Buchholz inkl Schiessanlagen sind die ersten 3 Stunden nicht gebührenpflichtig.

3. Zu Art 21: Handwerker, Serviceleute

Die Gebühr der Handwerkerparkkarte für das gesamte Stadtgebiet ist nicht höher als Fr. 25.00 pro Monat bzw. Fr. 200.00 pro Jahr anzusetzen.

„Gilt nur für Fahrzeuge die einem Geschäftszweck dienen, inkl Pikettdienst, also nicht für das private Parkieren am Wochenende oder nach den Geschäftszeiten.“

4. Zu Art. 22: Übriger Personenkreis

Der Stadtrat wird beauftragt, für die Parkzonen am See und bei den Sportanlagen Buchholz inkl Schiess- und Reitanlage eine Parkierungserleichterung für regelmässige Nutzer/innen zu schaffen und dazu eine spezielle Parkkarte herauszugeben.

Diese Karte darf den Betrag von Fr. 20.00 pro Monat oder Fr. 200.00 pro Jahr nicht übersteigen. Für Funktionäre, Trainer und andere ehrenamtliche tätige Personen von Vereinen sind eine genügende Anzahl Jahresparkkarten unter dem Titel „Vereinsunterstützung“ gratis abzugeben.

Sollten diese Anträge nicht berücksichtigt werden, wird die Fraktion SVP / EDU die vorliegende Verordnung ablehnen.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Hans Keel, Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion

Thomas Wüthrich

Sehr geehrter Herr Präsident

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Grundsätzlich sind die Grünen der Überzeugung, dass die private Nutzung des öffentlichen Grundes kostenpflichtig sein muss. Insofern ist die präsentierte Vorlage sinnvoll als sie für das gesamte Stadtgebiet Parkierungsgebühren festlegt.

Dabei ist entscheidend, dass für einzelne Areale keine Ausnahmen gemacht werden. Das würde die Zielsetzung verwässern und Partikularinteressen würden wichtiger als das grosse Ganze. Die einzig sinnvolle Ausnahme betrifft die Trainer und Funktionäre von Vereinen. Sie sollen bei den Sportstätten beziehungsweise an den Örtlichkeiten, an denen sie ihrem Vereinszweck nachgehen, keine Parkgebühren entrichten müssen. Gerade im Jahr der Freiwilligenarbeit ein richtiges und wichtiges Signal.

Die vom Stadtrat in Aussicht gestellten Gebühren sind nach Ansicht der Grünen im Bereich des kurzfristigen und längerfristigen Parkierens eher tief angesetzt. Die Grünen werden hier zwei Änderungsanträge stellen.

Etwas anders sieht es bei den Parkkarten aus. Offensichtlich sind Parkplätze in Uster ein rares Gut. Und entsprechend dem Gesetz von Angebot und Nachfrage erreichen Preise dann ein hohes Niveau. Dass jetzt dieser Grundsatz von bürgerlicher Seite in Frage gestellt und bei den Parkkarten für das Gewerbe eine Obergrenze festgelegt werden soll, erstaunt uns Grüne.

Der eidgenössische Preisüberwacher hat letztes Jahr die Gebühren für Parkkarten ins Visier genommen. Dabei hat er die hohen Gebühren in Zürich, Aarau und Luzern beanstandet. Er hat aber auch festgestellt, dass eine Parkkarte in einer Schweizer Stadt im Durchschnitt 386.- Fr für das Gewerbe und 335.- Fr. für Privatpersonen kostet. Insofern sind die Vorschläge des Stadtrates absolut im Rahmen. Allerdings tut der Stadtrat gut daran, seine vorgeschlagenen Tarife noch einmal zu überprüfen. Insbesondere wenn in Zürich nach der Intervention des Preisüberwachers eine Gewerbe-Parkkarte für Fr. 360.- in Aussicht gestellt wird, kommt der Stadtrat gegenüber dem Ustermer Gewerbe wohl in Erklärungsnotstand, warum in Uster 10% mehr bezahlt werden muss.

Aber vom Festschreiben einer Obergrenze, wie im Antrag der CVP gefordert, halten die Grünen nichts und lehnen diesen Antrag daher ab. Denn jedes Mal, wenn die Tarife angepasst werden müssen, muss gleich die ganze Verordnung geändert und im Gemeinderat zur Abstimmung gebracht werden. Hier sollte dem Stadtrat mehr Entscheidungsspielraum belassen werden.

Und genau aus diesem Grund stellen die Grünen den Antrag, dass in Art. 4 Abs 3, der Satz „Sie beträgt höchstens Fr. 1.- für jeweils 60 Minuten“ gestrichen wird. Wenn dem Stadtrat in den anderen beiden Bereichen die Festsetzung der Gebühren zugemutet wird, warum dann nicht auch hier?

Der zweite Änderungsantrag betrifft Art. 3 Abs 3. Für die Grünen wurde nicht schlüssig begründet, warum neu die ersten 30 Minuten gratis sein sollen statt wie bisher 15. Minuten. Die Grünen beantragen deshalb, dass Art 3 Abs 3 wie folgt abgeändert wird:

*„In der Parkierungszone II gemäss Art. 6 wird für das kurzfristige Parkieren von weniger als **15 Minuten** keine Kontrollgebühr erhoben.“*

Thomas Wüthrich

Gemeinderat, Grüne Fraktion

Antrag 1 der Grünen:

In Art. 4 Abs 3, ist der (zweite) Satz „Sie beträgt höchstens Fr. 1.- für jeweils 60 Minuten“ zu streichen.

Antrag 2 der Grünen

Art. 3 Abs 3. soll wie folgt abgeändert werden:

*„In der Parkierungszone II gemäss Art. 6 wird für das kurzfristige Parkieren von weniger als **15 Minuten** keine Kontrollgebühr erhoben.“*

Daniel Hunziker

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und –kollegen

Wir von den glp/EVP Fraktion begrüssen den Antrag des Stadtrates sehr. Das Leistungsziel, dass die Parkplätze auf öffentlichen Grund bewirtschaftet werden soll, besteht schon lange. Nun hat sich der Stadtrat auf Druck unserer Motion endlich dazu durchgerungen dieses Ziel auch wirklich umzusetzen. Dabei zählt er auch gleich zwei wichtige Gründe auf, welche für die Bewirtschaftung der Parkplätze sprechen.

- *Autofahrer sind viele, um ein Verkehrskollaps zu verhindern und die Leute zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr und das Velo zu bewegen, braucht es die Steuerung mit den Parkplatzgebühren*
- *Die Kosten des Strassenverkehrs werden bei weitem nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt.*

Jedoch sehen wir nicht ein, warum die jetzt bestehende Regelung mit 15 Minuten Gratisparkieren auf 30 Minuten ausgedehnt werden soll. 15 Minuten reichen um rasch eine kleine Erledigung zu machen, wer jedoch Einkaufen will soll für 30 Minuten Parkieren auch 50 Rappen zahlen oder mit dem Velo oder Bus kommen.

Auch finden wir, dass der Spielraum des Stadtrates für die Höhe der Benutzungsgebühr höher als Fr. 1.00 sein soll. Entsprechende Anträge werden wir unterstützen.

Die glp/EVP Fraktion wird jedoch auch einen nicht abgeänderten Antrag des Stadtrates unterstützen, da es mehr als überfällig ist, das erwähnte Leistungsziel jetzt umzusetzen.

Daniel Hunziker

Gemeinderat

Ivo Koller

Änderungsantrag betreffend Antrag Nr. 58/2011 – Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VGP)

Antrag:

Art. 4 Abs. 3 Die Benutzungsgebühr wird vom Stadtrat festgesetzt. Sie beträgt höchstens Fr. 1.- für jeweils 60 Minuten. In der Parkierungszone II wird die maximale Benutzungsgebühr erhoben.

Begründung:

Mit einer Benutzungsgebühr von Fr. 1.- pro 60 Minuten im Zentrum, soll der Parkplatzbenützer einen angemessenen Beitrag an die anfallenden Kosten (Bereitstellung, Unterhalt, etc.) bezahlen. Vergleicht man die städtische Parkgebühr mit den umliegenden Parkhäusern, so erscheint dieser Betrag immer noch als angemessen.

Weiter soll aufgrund des Missverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage durch diese preispolitische Massnahme erreicht werden, dass der Suchverkehr abnimmt und die vorhandenen Parkplätze einer grösseren Anzahl Benutzer zugänglich gemacht wird.

Ivo Koller

Wolfgang Harder

**ANTRAG DES STADTRATES BETREFFEND ERLASS EINER VERORDNUNG ÜBER DAS GEBÜHRENPFLICHTIGE PARKIEREN AUF ÖFFENTLICHEM GRUND (VGP)
(ANTRAG Nr. 58)**

Es wird folgender ANTRAG gestellt:

Art. 21 Abs. 1 der VGP sei anzupassen und zwar wie folgt:

Handwerker, Serviceleute, Notfalldienste und dergleichen erhalten für leichte Motorwagen eine Parkkarte für alle Zonen, zum Betrag von maximal Fr. 200.00.

BEGRÜNDUNG

Die vorgeschlagene Gebührenordnung für das Parkieren auf öffentlichem Grund ist über alles gesehen vernünftig und ausgewogen. Die vorgesehenen Tarife für das kurzfristige und längerfristige Parkieren sind akzeptabel und vertretbar, ebenso die Nachtparkgebühr. Die Preise für die Nachtparkgebühr und für die Dauerparkkarten werden in der VGP nicht festgelegt. Der Stadtrat hat freie Hand. Dies ist grundsätzlich in Ordnung und kann so belassen werden.

Gemäss dem erläuternden Bericht beabsichtigt der Stadtrat indessen, den Preis für die Jahres-Parkkarten für Handwerker, Serviceleute, und Notfalldienste (Art. 21 Abs. 1 VGP) auf Fr. 400.- festzulegen. Das ist zu hoch. Angemessen wäre eine Erhöhung der Gebühr bis maximal Fr. 200.-.

Es wird daher dem Gemeinderat beantragt, Art. 21 Abs. 1 VGP anzupassen und dem Stadtrat die Kompetenz zu erteilen, den Preis für die Handwerkerparkkarte für das gesamte Stadtgebiet pro Jahr nach freiem Ermessen, aber auf max. CHF 200.- festzusetzen.

Besten Dank.

Wolfgang Harder

Markus Wanner

Stellungnahme SP-Fraktion

Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates. Die Verordnung ist ausgewogen. Das Parkieren auf öffentlichem Grund wird auf eine einheitliche rechtliche Grundlage gestellt. Die Parkgebühren werden dabei nicht in der Verordnung, sondern in einem Gebührenreglement durch den Stadtrat erlassen. Wir sind daher dagegen, dass einzelne Gebühren bereits in der Verordnung festgelegt werden. Wir haben das Vertrauen in den Stadtrat, dass er die Gebühren sinnvoll festlegt. Zudem glauben wir, dass eine Festsetzung einer Gebühr in der Verordnung der Gemeindeordnung, Art. 20, Abs. c widerspricht. Es gibt immer wieder Gründe, einzelne Parkgebiete oder einzelne Benutzergruppen in der Verordnung speziell zu behandeln. Dies führt aber zu einer Ungleichbehandlung und zu einem Flickwerk in der Verordnung. Der Stadtrat hat mit dieser Verordnung die Möglichkeit, für bestimmte Benutzergruppen wie z.B. Trainerinnen und Trainer von Sportvereinen eine kostenlose Parkkarte auszustellen. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er diese Regelung grosszügig auslegen wird.

Wolfgang Harder ergreift nochmals das Wort und versichert sich, dass der Antrag von Hans Keel betreffend Artikel 21 Absatz 1 mit seinem Antrag korrespondiert. Da dies auf Zusicherung von Hans Keel der Fall ist, zieht Wolfgang Harder seinen Antrag zurück.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über die Abänderungsanträge:

Art. 3

Art. 3 Abs 3. soll wie folgt abgeändert werden:

*„In der Parkierungszone II gemäss Art. 6 wird für das kurzfristige Parkieren von weniger als **15 Minuten** keine Kontrollgebühr erhoben.“*

Vom Gemeinderat mit 15 : 20 Stimmen abgelehnt.

Zu Art. 3 u. 4: Kurz- und Langfristiges Parkieren

Die Parkgebühren in den peripheren Lagen (Parkierungszone I, ausserhalb des Zentrums) werden auf Fr. 0.50 pro Stunde reduziert. (Analog der heutigen Parkgebühr bei der Berufsschule.)

Vom Gemeinderat mit 13 : 22 Stimmen abgelehnt.

Art. 4

Zu Art. 4: Kurz- und Langfristiges Parkieren

Auf den Parkplätzen rund um die Sportanlage Buchholz inkl Schiessanlagen sind die ersten 3 Stunden nicht gebührenpflichtig.

Vom Gemeinderat mit 13 : 22 Stimmen abgelehnt.

In Art. 4 Abs 3, ist der (zweite) Satz „Sie beträgt höchstens Fr. 1.- für jeweils 60 Minuten.“ zu streichen.

Vom Gemeinderat mit 12 : 19 Stimmen abgelehnt.

Art. 4 Abs. 3

Die Benutzungsgebühr wird vom Stadtrat festgesetzt. Sie beträgt höchstens Fr. 1.- für jeweils 60 Minuten. In der Parkierungszone II wird die maximale Benutzungsgebühr erhoben.

Vom Gemeinderat mit 9 : 26 Stimmen abgelehnt.

Balthasar Thalmann ergreift das Wort und gibt zur Kenntnis, dass die SP-Fraktion der Ansicht ist, dass die Festlegung der Gebühren in die Kompetenz des Stadtrates fällt und deshalb die SP-Fraktion alle Anträge ablehnen.

Art. 21

Zu Art 21: Handwerker, Serviceleute

Die Gebühr der Handwerkerparkkarte für das gesamte Stadtgebiet ist nicht höher als Fr. 25.00 pro Monat bzw. Fr. 200.00 pro Jahr anzusetzen.

„Gilt nur für Fahrzeuge die einem Geschäftszweck dienen, inkl Pikettdienst, also nicht für das private Parkieren am Wochenende oder nach den Geschäftszeiten.“

Vom Gemeinderat mit 24 : 11 Stimmen angenommen.

Art. 22

Zu Art. 22: Übriger Personenkreis

Der Stadtrat wird beauftragt, für die Parkzonen am See und bei den Sportanlagen Buchholz inkl Schiess- und Reitanlage eine Parkierungserleichterung für regelmässige Nutzer/innen zu schaffen und dazu eine spezielle Parkkarte herauszugeben.

Diese Karte darf den Betrag von Fr. 20.00 pro Monat oder Fr. 200.00 pro Jahr nicht übersteigen.

Für Funktionäre, Trainer und andere ehrenamtliche tätige Personen von Vereinen sind eine genügende Anzahl Jahresparkkarten unter dem Titel „Vereinsunterstützung“ gratis abzugeben.

Vom Gemeinderat mit 13 : 22 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung mit der beschlossenen Änderung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 22 : 13 Stimmen

3. Die Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP) wird genehmigt.
4. Mitteilung an den Stadtrat.

Rolf Denzler ergreift das Wort und führt aus, dass sich die SVP-/EDU-Fraktion ernsthaft überlegen wird, das Referendum zu ergreifen. Es geht um die Erhaltung der Kaufkraft in Uster und die Existenz des Detailhandels.

7 Antrag der Primarschulpflege und des Stadtrates betreffend Kreditgenehmigung von Fr. 467'748 für die Umsetzung des Informatikkonzeptes 2011 an der Primarschule Uster (Antrag Nr. 64/2011)

Für die Kommission Bildung und Kultur und Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Die Primarschulpflege beantragt Fr. 467'748 für die Umsetzung des Informatikkonzeptes 2011. Dies ist nicht der erste solche Kredit, wir haben bereits mehrmals darüber debattiert. Die Primarschule will mit dieser dritten Tranche die bestehende IT-Infrastruktur abrunden.

Die KBK hat diesen Antrag an zwei Sitzungen – 16. Mai und 6. Juni – diskutiert.

Die Computerisierung der Gesellschaft schreitet vor an, das macht an der Primarschule nicht Halt:

- E-mail ist im Alltag nicht mehr wegzudenken, also sollte auch diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Primarschule Zugriff dazu haben, welche es bisher noch nicht hatten. Es geht dabei um die Co-Schulleitungen, die Kindergärtnerinnen, Lehrpersonen für DAZ und Handarbeit. Wobei hinzuzufügen ist, dass es bei der 2. Ausbau-Etappe die Co-Schulleitungen noch nicht gab und die Kindergärten noch nicht kantonalisiert waren.*
- Es gibt immer bessere Lernprogramme, also sollte man sie auch vermehrt einsetzen. Die Lizenzen kosten aber Geld.*
- Während man bei der ersten Kredit-Tranche noch davon ausging, dass es ohne Netzwerke gehen sollte, wurden diese dann mit der 2. Tranche installiert. Diese Netzwerke sollten jetzt optimiert werden.*
- Beamer inkl. Visualizer sollten die Hellraumprojektoren, welche in den letzten Jahrzehnten das Bild der Klassenzimmer prägten, ersetzen. (Diese Beamer sind in der Anschaffung günstiger als neue Hellraumprojektoren).*

Eine Umfrage hat gezeigt, dass die allermeisten Lehrpersonen Computer und Internet täglich für den Unterricht nützen. Der Kredit wird also nicht in den Sand gesetzt.

Gemäss Primarschulpflege sind nach der Umsetzung des Informatikkonzeptes d.h. mit der Umsetzung dieses Kredits die Bedürfnisse der Primarschule abgedeckt. Es braucht also – zumindest vorläufig – keine 4. und 5. Ausbau-Etappe. Selbstverständlich wissen wir alle nicht, wie sich die Informatik in den nächsten Jahren entwickeln wird und allenfalls in ein paar Jahren doch eine weitere Etappe fällig wird.

Falls der Gemeinderat dem Kredit zustimmt, wird die PS im 2011 rund Fr. 125'000 des Kredits beanspruchen, der Rest wird voraussichtlich in ähnlich grossen Tranchen in die Investitionsrechnung der nächsten Jahre eingestellt werden.

In der KBK wurde gesagt, dass es sich wieder einmal um sehr viel Geld handle. Doch gehe man in der KBK davon aus, dass auch der dritte Kredit (wie auch schon die zweite Kredit-Tranche) mit

Minderkosten abschliessen werde. Die Informatik-Anschaffungen werden ja von Jahr zu Jahr günstiger und weil der Kredit auf 3 Jahre verteilt wird, sind Minderkosten fast vorprogrammiert.

Die Kommission stimmte mit 9 : 0 (einstimmig) dem Kredit zu und empfiehlt dem Gemeinderat, dies ebenso zu tun.

In der RPK-Sitzung vom 20. Juni 2011 wurde das Geschäft kurz diskutiert und schliesslich mit 9 : 0 (einstimmig) genehmigt.

Walter Meier

Gabi Seiler

Sehr geehrter Herr Präsident, Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Werte Anwesende

Der technische Fortschritt macht selbstverständlich auch vor der PSU nicht halt. Nachdem bereits 2002/2003 und 2008 -2010 zwei erste Ausbautetappen bewilligt und umgesetzt wurden, scheint der jetzt vorliegende Antrag der logische nächste Schritt.

Auch wenn man die Grösse der PSU, gemessen an den besetzten Stellen und Anzahl Schüler und Kindergärtner, mit in die Betrachtung zieht, ist der jetzt vorliegende Antrag mit CHF 470'000 keine günstige Angelegenheit, haben doch auch die Etappen 1 mit CHF 1,8 Mio und Etappe 2 mit abgerechneten CHF 550'000 zu Buche geschlagen.

Gemäss Angaben der Verantwortlichen handelt es sich, zumindest aus heutiger Sicht, um die letzte Etappe, geplant sind danach nur noch Ersatzinvestitionen.

Vom Gesamtbetrag sollen im laufenden Jahr CHF 125'000 investiert werden, der restliche Betrag, also rund CHF 343'000 soll in die Investitionsplanung ab 2012 aufgenommen werden. Wir werden dem Antrag in der vorliegenden Version zustimmen. Bei der Aufstellung im Budget 2012 bitten wir die PSU bereits heute, das Investitionsvolumen in geeigneter Form so darzustellen, dass ersichtlich ist, was betragsmässig dem Antrag 64, also den Neuinvestitionen zuzuordnen ist, und welcher Betrag für allfällige Ersatzinvestitionen eingestellt wird. Möchten wir doch vermeiden, dass plötzlich die in der Abrechnung für Etappe 2 aufgeführte Kostenunterschreitung von CHF 274'000 plötzlich und irrtümlicher Weise wieder als bewilligter Kreditrahmen für zusätzliche Anschaffungen auftaucht.

Markus Bürki

*Sehr geehrter Präsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Meine Schüler machten grosse Augen, als ich ihnen erzählte, dass ich im Jahr 1998 das erste Mal im Internet war und das an einem Schwarz-Weiss Bildschirm. Das einzige was ich damals kannte war die Seite „altavista“, damals zu gebrauchen um Buchzusammenfassungen zu finden. Ich weiss noch genau, wie ich zu meinem Kollegen sagte: „Und iz bini würlich im Internet?“

*Heute haben 71% der Haushalte in der Schweiz einen eigenen Internet Anschluss und 30% der Bevölkerung nutzen das WWW während mehr als 10 Stunden pro Woche. Facebook hat heute 690 MIO Mitglieder und der weltweite Stromverbrauch zur Betreibung der Server beträgt rund 15 AKW!
„Ja, iz simer würklich im Internet!“*

Was hat das alles mit der PSU zu tun? Ganz viel, denn ohne das Internet und Computer wäre ein Arbeiten auch an einer Primarschule nicht mehr möglich. Email, google, Lernprogramme für die Kinder, Protokolle, Pendenzenliste...der Email Account ist überlebenswichtig geworden. Mit dem vorliegenden Antrag wird vervollständigt. Alle werden Zugang zum Internet haben und Möglichkeiten wie Beamer anstelle des Hellraumprojektors werden konsequent umgesetzt. Ein Netzwerkmanagementsystem garantiert den optimalen Gebrauch der Geräte. Für uns ist der Antrag als solches klar im grünen Bereich.

Folgende Punkte dürfen dabei nicht vergessen gehen:

*-Schulung der LP s und Kinder im Umgang mit den neuen Medien
(der neueste Computer nützt nicht, wenn er nicht verstanden wird)*

*-Aufklärung zum Thema Edel Metalle in Computer, deren Gewinnung und die anschliessende korrekte Entsorgung
(in einem i-Phone hat es 43 verschiedene chemische Elemente, z.B. Tantal, Indium, Mangan, Palladium...welche häufig aus Krisenregionen in Afrika stammen)*

*-Verhalten im Bezug auf Stand-by Verbrauch und ein modernes Verhalten auch beim Ausdrucken von Daten.
(doppelseitig, auf Makulatur drucken)*

PS: Wie wäre es mit einem Tastaturschreibkurs ab dem 4. Schuljahr?

Wir werden dem Antrag zustimmen

Für die Grünen

Markus Bürki

Petra Bättig

Geschätzte Anwesende

Dass eine Primarschule heute komplett vernetzt ist und auch schon der Lehrperson im Kindergarten ein PC zur Verfügung steht, ist keine Pionierleistung, sondern wird heute einfach erwartet. Die Kommunikation zu den Lehrpersonen erfolgt heute über e-mail oder über das Intranet. Zudem wird bei vielen Formularen erwartet, dass sie elektronisch ausgefüllt werden. Aus diesem Grund muss allen Lehrpersonen der Zugang zum Computer ermöglicht werden.

Im weiteren ist es ist ganz normal, dass Eltern schnell ein Mail schreiben, wenn das Kind krank ist oder sie einen Termin für eine Besprechung abmachen möchten. Die flächendeckende Vernetzung und die Möglichkeit einen PC für die Vorbereitung oder die Administration zu nutzen ist heute einfach normal. Der geplante Ausbau dient somit weniger der Verbesserung des Unterrichts, als vielmehr der Verbesserung der Infrastruktur, der Optimierung von Netzwerken.

Wir von der FDP/JFU/CVP Fraktion werden diesen Antrag unterstützen.

Es ist uns bewusst, dass wir damit viel Geld bewilligen. Allerdings hat die Abrechnung des letzten Informatikkonzeptes gezeigt, dass die Primarschulepflege sehr haushälterisch mit dem bewilligten Kredit umgegangen ist. Und dieser um mehr als einen Viertel des Betrages unterschritten werden konnte. Wir sind überzeugt, dass die Primarschulpflege dieses dritte Informatikkonzept ebenso umsichtig umsetzen wird.

Petra Bättig

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 34 : 0 Stimmen

1. Für die Umsetzung des Informatikkonzeptes 2011 an der Primarschule Uster wird ein Investitionskredit von 467'748 Franken (inkl. MwSt.) bewilligt.
2. Mitteilung an die Primarschulpflege.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 5. September 2011 statt.

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident
Cla Famos

Datum Die Stimmzähler
Walter Meier

Simone Michel

Bruno Modolo